

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

270 (19.11.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einschl. 80 A. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M.; durch die Post besorgen 4.90 M. ohne Ausgabe- u. Postgebühren. monatl. Einzelreempl. 25.3
Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luffenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 491
Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Wrangels Ende

Warschau, 18. Nov. Wie aus polnischen Kreisen verlautet, trifft die Nachricht zu, daß der größte Teil der Armee des Generals Wrangel in der Krim sich ergeben mußte. Wrangel ist mit einem Teil seines Materials auf einem Entensdampfer geflüchtet. Die Russen haben den restlichen Teil der Krim besetzt. Ferner wird aus Moskau gemeldet, daß die Rote Armee in Sebastopol eingezogen ist. Damit hat sie ihren Vormarsch in der Krim beendet. Wrangels Anhänger, Generale, Bischöfe und Landbesitzer sind auf Entensdampfern, Sebastopol wurde von den roten Truppen am 15. November, ebenso Sinferopol und Theodosia besetzt. Subjektiv hat den fliehenden Teil umzingelt und den Rest gefangen genommen.

Das ist der Ausgang eines Unternehmens, auf das die französischen Imperialisten ebensoviel Hoffnungen gesetzt als Geld verwendet haben. Es war noch in den Tagen des polnisch-russischen Krieges, als die förmliche Anerkennung Wrangels als kriegführende Macht durch Millerand sogar leichte Verhandlungen zwischen dem Pariser und dem Londoner Kabinett hervorrief. Die Franzosen ließen es bei Kundgebungen nicht bewenden, sie sandten auch Offiziere, Waffen, Schießpulver und Kriegsgüter jeder Art und in gewaltigen Mengen; all dies wird jetzt die Folge haben, daß die Russen eine überaus reiche Beute machen und auf Kosten Frankreichs ihre Truppen kriegerisch auszurüsten vermögen. Gerade das ist aber, was der Rote Armee vor allem mangelt. Seinerzeit führte die französische Armee übrigens für die Erfolgsaussichten ihres Schützlings außer den militärischen auch politische Gründe an. Er habe, berieten von russischen Emigranten aus dem Lager der Sozialrevolutionäre, die Fehler seiner Vorgänger hinsichtlich und Genossen vermieden, habe den Bauern überall die Unterstützung erteilt, sie sollen auch nach einem Siege der Gegenrevolution im Besitz des aufgeteilten Landes bleiben.

Wie aber das Wrangelsche Unternehmen zuletzt ganz ausgeht, demselben Charakter schwärzender Restaurationspolitik, so haben offenbar auch seine Verfechter, das Landvolk zu gewinnen, völlig versagt. Die Bauern trauten den schönen Worten nicht. Und was das anfängliche Scheitern Wrangels anlangt, so war es von dem Augenblick an im Endlichen, als Sowjetrußland mit Polen die Feindschaften beendet hatte und seine Streitkräfte nach dem Süden werfen konnte. Daß Wrangels Vormarsch das Kohlenrevier Bona gebedröht und für kurze Zeit dem Besitz der Sowjetregierung entzogen hatte, bildete besauntlich für diese einen Hauptausgangspunkt, mit Polen rasch abzumachen. Der Erfolg der Sowjetarmee setzte dann auch mit der Milderung des Kohlenreviers ein und ist für in unaufhaltsam siegreichen Vordringen nach der Krim treu geblieben.

Wrangel endet nun dort, wo vor ihm Koltschak und die anderen Verfechter der europäischen Reaktion pebenet haben. Was ihn aus der Reihe aller dieser traurigen Helden des weißen Schreckens heraushebt, ist das bessere Vertrauensverhältnis, dessen ihn die französischen Gewalttäter würdigten. Auf ihn haben sie ganz besondere Erwartungen gesetzt, ihn am reichsten mit Mitteln ausgestattet, für ihn sich sogar politisch und diplomatisch exponiert. So wird die Niederlage zugleich zu einer schmerzlichen Schwärze europäischer Machtstellung. In der Reaktion, dieses obersten Generalkapitel der Gegenrevolution in Europa.

Die Völkerbundsversammlung in Genf

Genf, 18. Nov. Präsident Dymans eröffnete um 10 Uhr die heutige Sitzung der Völkerbundsversammlung mit der Mitteilung, daß Belgien (England), Litauen (Italien), Leon Bourgeois (Frankreich), Quinones de Leon (Spanien), Weanting (Schweden) und Huneeus (Chile) zu Präzidenten der sechs Kommissionen der Völkerbundsversammlung gewählt worden seien.

Die Versammlung setzte hierauf die Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs des Völkerbundes fort.

Ranzen erstattete den Bericht über das Werk der Heimkehrer durch den Völkerbund betraut worden war. Es handelte sich um die Heimkehrer von 350 000 Kriegsgefangenen aus dem Gebiete des ehemaligen russischen Reiches, wovon sich 40 000 in Ostpreußen, 10 000 in Ostgalizien und Rumänien und die Mehrzahl in Südrußland befinden. Ranzen schilderte eingehend die Schwierigkeiten finanzieller und technischer Hindernisse und teilte mit, daß nicht zuletzt dank der lokalen und energischen Mitarbeit der deutschen Behörden, aber auch dank der Hilfe der Sowjetregierung es gelungen sei, amhatte der erwarteten 100 000 Mann bereits 180 000 Kriegsgefangene heimzuführen. Auf große Schwierigkeiten habe namentlich die Heimkehrer in Ostpreußen und Ostgalizien, nicht die nötigen Mittel hätten, um die für die lange Reise notwendigen Schiffe zu liefern. Zur weiteren Verwirklichung seines Berichtes teilte Ranzen mit, daß gegenwärtig das internationale Komitee zur Heimkehr der Kriegsgefangenen eine Deputation nach Südrußland entsende, um dort die besten Methoden für die Durchführung der Heimkehrung dieser Unglücklichen zu prüfen. Ranzen schloß seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede mit der Erklärung, daß die wirklich großen Lehren darin liegen, daß der Völkerbund die Wiederkehr solcher Katastrophen verhindern, die unermesslich für die Menschen die entsetzlichsten Leiden mit sich bringen.

Die Versammlung wurde gegen 1 Uhr geschlossen und auf morgen vormittags halb 11 Uhr vertagt.

Genf, 18. Nov. In der heutigen Sitzung der Völkerbundsversammlung verlangte Lord Cecil, daß die japanisch-chinesischen Fragen, die in Brüssel angeschnitten wurden, auf der Genfer Tagung weiter behandelt werden. Der argentinische Delegierte Rubeodon verlegte den Standpunkt der argentinischen Regierung zur Völkerbundsfrage folgendermaßen: Die argentinische Regierung habe es für wesentlich, daß alle souveränen Staaten, die den der internationalen Gemeinschaft als solche, zum Völkerbund zuge-

lassen werden, und zwar derartig, daß ihre Nichtteilnahme nur das Ergebnis einer freien Entscheidung sein dürfte.

Der „Gazette de Lausanne“ wird unter dem 15. Nov. aus Paris gemeldet, daß man in Frankreich über die starke Beteiligung Englands in der Führung des II. Bootekrieges Argentinien gegenüber und somit sechs Stimmen habe, während Frankreich sich mit drei Vertretern und einer Stimme begnügen müsse. England habe den Völkerbund zu seiner Sache gemacht.

Die Gefahr eines Gegenvölkerbundes

Genf, 18. Nov. (Berl. Tagbl.) Großen Eindruck machte es, als der Vertreter Argentiniens zum erstenmal den Namen Deutschlands aussprach und anerkennt, daß Argentinien Deutschland gegenüber wohl neutral bleiben konnte, da Deutschland keine Zusage in der Führung des II. Bootekrieges Argentinien gegenüber unterdrückt gehalten habe. Argentinien hielt den Antrag, daß man Deutschland beitreten sollte, dem Völkerbund beizutreten, da sonst das Entstehen eines Gegenvölkerbundes unausweichlich sei.

Vom bayerischen Landtag

München, 17. Nov. Ministerpräsident Raßb hielt gestern im Landtag eine längere Rede, in der er u. a. sagte: Ein übertriebener Nationalismus würde reichsgefährdend. Mein eigentlicher Föderalismus vermöge das Reich wieder aufzubauen. In dieser Auffassung könne ich auch das Eintreten Frankreichs für ein föderalistisches Reich nicht irre machen. Der Einwohnernachwuchs erklärte er, hier ständen sich zwei Auffassungen gegenüber. Die Vorwürfe, die gegen die Einwohnervermehrung erhoben würden, seien unbegründet. Diese seien eine Abwehrorganisation gegen alle revolutionären Kräfte, ob von rechts oder links. Die Gerichte über einen Rechtsbruch seien ein Sprungbrett. Die Regierung wolle weder reaktionäre Ziele unterstellen, noch dem Reiche Schwierigkeiten machen. Nachdem mehrere Redner aus dem Hause das Wort ergriffen hatten, wurde der von den Sozialdemokraten gestellte Antrag auf Abschaffung des Ministeriums des Inneren mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Vertrauensvotum für die Politik Giolittis

Mailand, 18. Nov. In der Kammer wurde ein Antrag der Sozialisten beraten, der sich gegen die innere Politik der Regierung richtete. Giolitti wandte sich in seiner Antwort gegen den Vorwurf Reaktionär zu sein und erklärte, es gäbe kein Recht, das freier sei als Italien. Die getriebenen Gefühle müßten aber von allen beiseite gelassen werden. Die Regierung habe angedeutet, daß Ausstellungen energisch unterdrückt werden. Der Antrag des Sozialisten wurde mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Die elsässischen Eisenbahner

Mülhausen, 18. Nov. In gleicher Zeit wie in Straßburg die Eisenbahner des Unter-Elz und Vorderen Elz auch in Mülhausen die Eisenbahner des Oberelz eine große Massenversammlung am 14. d. M. ab, an der sämtliche Kandidaten des Oberelz teilnahmen. Im Mittelpunkt der Debatte standen die finanzielle Notlage der Eisenbahner, die Sabotierung der Personalverwaltung und die Verzögerung aller sozialen Fragen und Einrichtungen. Die Eisenbahnerversammlung nahm zum Schluß eine Entschließung an, in der sie gegen die Diktatur der Verwaltung, die Sabotierung des Wirtschaftens und die Wiedereinführung des Affordsystems protestierte. Wir wollen wissen, daß wir als Eisenbahner beschädigt sind und nicht als Lohnempfänger einiger Vergütung und deren Verleumdern. Lange genug haben wir gestritten, wir werden jetzt fordern auf die energischste Art und werden auch unsere Forderungen zu erkämpfen wissen.

Ein hartes Urteil

Mülhausen, 17. Nov. Bei der Demonstration der Mülhauser Arbeiterklasse gegen den Krieg mit Rußland am 15. August trat der damals gerade auf Urlaub anwesende Alpenjäger Karl Weilmann die rote Fahne an der Spitze des Umzuges der sozialistischen Jugend, als der Zusammenstoß der Demonstranten mit dem Militär und der Gendarmen vor der Sous-Präfektur erfolgte, der welchem es zu einigen Gewalttätigkeiten kam, als die Gendarmen sich der roten Fahne bemächtigen wollten. Weilmann wurde wegen des Tragens der roten Fahne und wegen Widersehlichkeit gegenüber einem Gendarmenunteroffizier vor das Kriegsgericht in Straßburg gestellt. In der Verhandlung wurde der Angeklagte gefragt, ob die Demonstration der elsässischen Sozialdemokraten von den deutschen Sozialisten befohlen worden sei, was der Angeklagte bestritt, denn er habe davon keine Kenntnis. Der Angeklagte bemerkte darauf, daß er freiwillig in die französische Armee eingetreten sei und darum keinen antimilitaristischen Tendenzen huldige. Der Vertreter der Anklage bezeugte die Handlung des Angeklagten als einen tätigen Angriff auf einen Vorgesetzten und beantragte eine **Zuchthausstrafe von 10 Jahren**, weil dem Angeklagten Minderungsgründe nicht zu verfahren seien, denn sonst müßte auf Todesstrafe erkannt werden. Das Gericht erkannte auf eine **Gefängnisstrafe von 3 Jahren**.

Die Arbeiterpresse von Elz, Vohringen bezichtigt dieses Urteil als ein **Tendenzurteil der schlimmsten Art**, das geeignet sei, die Sympathien beim elsässischen Volke zum Mutterland Frankreich noch mehr herabzumindern.

Das neue belgische Kabinett

Brüssel, 18. Nov. Das neue Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Vorsitz und Inneres: Carton de Wiart (Katholik), Justiz Vandervelde (Soz.), Auswärtiges Jaspers (Katholik), Finanzen Obeert (Liberal), Wirtschaftsmittel sowie Minister der verschiedenen Gebiete und der Kriegsgeschäfte Vandervelde (Katholik), Kolonien Vandervelde (liberal), Eisenbahnen ein noch nicht genannter Liberaler, Kunst und Wissenschaft De Weert (Soz.), Ackerbau Baron Brughe (Katholik), Verteidigung De Weert (liberal), Industrie, Arbeit und Beschäftigung Wauters (Soz.) und öffentliche Arbeiter Anseele (Soz.).

Das Reich in Not

Die wirtschaftlichen wie die finanziellen Sorgen und Nöte des Reichs mehren sich sichtbar und täglich, um nicht zu sagen stündlich. Wie die enormen Schwierigkeiten überwinden werden sollen, die die andauernd sinkende Valuta unausgesetzt und in steigendem Maße schafft, weiß zur Stunde noch kein Mensch. Und es scheint, als ob die Herren in der Reichsregierung auch diesen Sorgen und Schwierigkeiten noch unentschlossener und noch ratloser gegenüberstehen, als es ohnehin bei ihnen angesichts kritischer Situationen in der Regel der Fall ist. Am tollsten und deutlichsten zeigt sich das auf dem Gebiete des Ernährungswesens. Man weiß in Berlin, daß wir auf diesem Gebiete Zuständen entgegen steuern, die zur Katastrophe führen können, ja, wenn nichts Durchgreifendes geschieht, einfach dazu führen müssen. Aber mit dem System Hermes zu brechen, dazu fehlt sowohl die Energie wie auch die Erkenntnis darüber, was geschehen muß, um wenigstens dem Allerschlimmsten begegnen zu können. Man sieht Va banque in Berlin und hofft auf irgend einen glücklichen Zufall, der noch aus der kritischen Lage befreien könnte. Das unheilvolle Spiel, das Ludendorff draußen auf dem Kriegsschauplatz mit einer für Deutschland so katastrophalen Wirkung gespielt hat, es scheint auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete in den Herren des gegenwärtigen Reichskabinetts Nachahmer zu finden. Genaß, sie stehen vor unüberwindlichen Aufgaben und sie sehen sich Schwierigkeiten gegenüber, die Herren von der Reichsleitung, die zu den Allerschlimmsten gehören, die jemals einer Regierung eines großen und so fürchterlich zusammengebrochenen Volkes gestellt worden sind. Und wir sind wirklich die Letzten, die verlangen, daß die Regierung alles zum Besten zu wenden habe, wo wir wissen, daß ohne tätige Mithilfe des gesamten Volkes, ohne die endliche Erkenntnis, daß das Verhängnis lahm noch aufzuhalten ist, wenn nicht in den breiten Volksmassen, bei allen Parteien und bei allen politischen und wirtschaftlichen Faktoren der unbedingte Wille zur tatkräftigen und gemeinsamen Mitarbeit Einzug hält, Deutschland in eine neue Krise hineinzurufen, aus der wir uns eine lebensfähige Rettung nur sehr schwer vorstellen können.

Wir erwarten und verlangen keine Wunderdinge von der Regierung, aber wir fordern von ihr jenes Maß von Energie und Ueberblick über unsere tatsächliche Lage, die sie, wenn sie nicht in Schmach untergehen und das Volk noch tiefer in das Unglück hinabstürzen will, aufbringen oder sonst einfach abtreten muß. Die heutige Reichsregierung wurfelt eben dahin und versucht, mit Gottes und sonstiger Hilfe sich eventuell durchzuwurseln. Das macht sich bis in die untersten Kanäle hinunter fühlbar; ganz davon zu schweigen, daß die Industrie, der Handel, die Landwirtschaft und nicht zuletzt die deutlichen Gliedsritter aller Gattungen eben auch merken und fühlen, daß wir in Deutschland nicht ein Kabinett haben, das führen und tatsächlich regieren kann, sondern das ein Kollegium zur gemeinsamen Fortwursterei ist. Die durch den Krieg und durch den Zusammenbruch ohnehin stark erschütterte Verwaltungsmaschinerie droht unter solchen Umständen noch schlechter zu funktionieren als es bisher der Fall war. Das Sprichwort, das das ganze große Staatselend Rußlands so trefflich charakterisierte: „Der Himmel ist hoch und der Zar ist weit“, hat bereits auch in Deutschland unheimliche Geltung erlangt. Nicht nur am Nordstrande, auch sonst in deutschen Reiche weiß man, daß der Himmel hoch und die Reichsregierung sehr „weit entfernt“ ist. Betrachtet man die Vorgänge in Deutschland, glaubt man oft, die Geschichte des heiligen römischen Reiches deutscher Nation zu lesen. Nur daß damals die Energielosigkeit, die Unfähigkeit und der Schwindel nicht so verwührend wirken konnten wie heute.

Wieviel man von der Inangriffnahme einer wirklichen Sozialisierung hoffen oder befürchten mag, nur ein Verblendeter kann noch glauben, daß ohne schwere innere Kämpfe die Arbeitermassen um die Durchführung dieser Forderung gebracht werden können. Die Reichsregierung, in deren Mitte allerdings die mit schwerindustriellen Kräfte und Interessen kettierenden Volkspartei, der Kaumer und Scholz sitzen, sie versucht durch gewagte Winkelzüge, durch systematisches Verschleppen, ja sogar durch indirekte Sabotage die Inangriffnahme der Sozialisierung zu hintertreiben. Das Kabinett in seiner Mehrheit erntet dafür aber sicher nicht einmal die Zuneigung des schwerindustriellen Unternehmertums, das den Herren Feilchenbach, Wirth, Gehler usw. nach wie vor Abneigung entgegen bringen wird, das Kabinett aber erbittert täglich aufs neue die Arbeiterklasse und erschwert sich und dem Reiche immer stärker die immerpolitische Situation. Im Reichstage wird demnach die sozialdemokratische Interpellation wegen der Sozialisierungsfrage verhandelt werden. Glaubt Herr Feilchenbach, dabei wieder mit sentimentalen Reden ausweichen zu können? Und, glaubt das Zentrum und glauben die Demokraten, daß es der Gegenwart und der nächsten Zukunft Deutschlands dienlich ist, wenn sie

er Teil...
Stein...
Brem...
für die...
1920...
oder...
b. H...
Artikel...
Sport...
Umform...
Hüte...
Hut...
talt...
en!...
ung...
se 16.

etwa Herrn Fehrenbach stützen wollen, falls er wieder mit Sentimentalität und ganz netten Versprechungen aus der kritischen Märe herauszukommen trachtet

Die weitere Verschleppung der Sozialisierung heißt, massenhaft Wasser auf die Mühlen des Radikalismus der äußersten Linken zu leiten, heißt die Arbeiterchaft um alles Vertrauen bringen und innere Kämpfe von ganz unübersehbarer Wirkung heraufbeschwören. Das Unheil, das noch während des Krieges die preussischen Konservativen mit Unterstützung der Nationalliberalen in der preussischen Wahlrechtsfrage angezettelt haben, es würde sich wiederholen, wenn die Reichsregierung und wenn die bürgerlichen Parteien in der Frage der Sozialisierung dasselbe zweideutige und unglückliche Spiel spielen wollten.

Eine Klärung muß u. E. folgen und zwar bald. Die gegenwärtige Situation ist unhaltbar und unerträglich geworden.

Und weiter. Das Finanzjeld nimmt in rasender Ausdehnung von Tag zu Tag zu. Die Papierflut steigt und droht, das Reich in ihr versinken zu lassen. Der Herr Finanzminister scheint in aller Stille und ohne daß auch nur ein Mensch etwas davon merkt, die in Berlin antizipierten Ermäßigungen anzustellen. Die einzelnen Ressorts kümmern sich den Teufel um die furchtbaren Räte, in denen das Reich steckt. Wir haben ja neulich am Reichstischwebretat dafür drastische Belege erbracht. Und das Ausland, besonders die Entente, beobachtet die Entwicklung unseres Finanzwesens natürlich mit offenen und schärferen Augen.

Uns will es scheinen, als ob die nächsten Wochen allerlei interessante politische Ereignisse bringen können, aber auch nicht eine der vielleicht kommenden Ereignisse wird erfreulich sein.

Kämpfe können rascher und umfangreicher kommen, als so viele sich heute träumen lassen.

Millionenschubung deutscher Fürsten Eine sozialdemokratische Interpellation

Genosse Hermann Müller hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

„Es ist richtig, daß namhafte Kapitalüberschiebungen nach dem Ausland stattgefunden haben. Ist es weiter richtig, daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Crüger stattgefunden und zur vollständigen Beschlagnahme der Aktien und Bücher geführt hat? Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weit ausgedehnte Kapitalflucht nachgewiesen ist, und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefaßt worden sind? Was gedenkt die Reichsregierung gegen die Verschuldigten zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern? Der „Vorwärts“ teilt zu der Angelegenheit folgendes mit: Das Bankhaus Crüger besteht tatsächlich in der Vorkasse, ist aber mehrwöchentlich in keinem Abrechnungs- und Telephonbuch zu finden. Offenbar ist der einzige Zweck und Gegenstand seiner Tätigkeit die Kapitalverschlebung nach dem Ausland gewesen, deren Gesamtbetrag sich auf viele hunderte Millionen belaufen soll. Zu den Kunden Crügers gehören in erster Linie fürstliche Häuser und hochadlige Personen, auch eine stattliche Zahl Hohenzollerner Prinzen und Prinzessinnen. Crüger selbst ist flüchtig.“

Beginnender Gesundungsprozess

Vor einigen Tagen hat die in ihrer Mehrzahl aus unabhängigen bestehenden Berliner Gewerkschaftskommission den Beschluß gefaßt, sich auf den Boden der vom Betriebsrätekonferenz beschlossenen Betriebsrätezentrale zu stellen. Dieser Beschluß bedeutet zugleich eine glatte Abgabe an die selbständige Betriebsräteorganisation in der Mühlstraße, die noch vor garnicht allzu langer Zeit trotz ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu den Gewerkschaften von diesen die Kleingeld von 100 000 M zur Finanzierung der Aktion gegen die Gewerkschaften forderte. Er ist umso mehr zu begrüßen, als er gerade in dem tabulalen Berlin gefaßt wurde, in dem alle jene Pläne ausgeheckt werden, die auf eine Schwächung der deutschen Arbeiterbewegung hinauslaufen. Wir begrüßen ihn freudig als den ersten Schritt zur Gesundung der Arbeiterbewegung selbst.

Wie notwendig es ist gerade mit den Mühlstraßen-Beuten zu brechen, hat recht deutlich die am letzten Sonntag von ihnen einberufene Betriebsräteversammlung in Berlin bewiesen, die zu einer wüsten Kaffballet der tabulalen Elemente ausdiente und dem deutschen Spießbürger wieder einmal den Beweis lieferte, wie sehr die Arbeiterchaft mit sich zu tun hat und wie wenig er von ihr zu fürchten braucht. Dem denkenden deutschen Arbeiter steht ob dieses Treibens die Hornesrede ins Gesicht, weil er erkennt, daß diese Leute nicht nur seine Position gegenüber dem Bürgertum von Tag zu Tag mehr untergraben, sondern weil sie auch nichts unterlassen, um das Ansehen der deutschen Arbeiterchaft in der ganzen Welt herabzusetzen.

Wir haben immer wieder unsere Parteigenossen zum entscheidenden Kampf gegen diese Art von Betriebsräten aufgefordert, deren Schicksalungen im Vorzuge revolutionärer Wurzeln liegt, die aber vom praktischen Leben und von den in der momentanen wirtschaftlichen Situation gegebenen Möglichkeiten keine Ahnung haben.

Ueber das deutsche Geld- und Währungswesen

III. Ein letzter Abschnitt handelt von den Gründen für diese für uns so gefährdrohende Entwicklung. Als solche sind im wesentlichen die Wirkungen des Krieges und seines unglücklichen Ausgangs anzusehen, insbesondere die durch diese Ereignisse hervorgerufene Verschlechterung unserer Wirtschafts- und Finanzverhältnisse, die ihren Ausdruck findet in einem fühlbaren Mangel an Nahrungsmitteln und Nahrungsmitteln, in Preis- und Lohnsteigerungen bei außerordentlich starkem Rückgang der Produktion, in einer katastrophalen Schuldenwirtschaft des Reiches und damit zusammenhängend in einer übermäßigen Ausdehnung des Geldumlaufs und zunehmenden Geldentwertung. Es darf jedenfalls angenommen werden, daß sowohl der

Zahlungsmittelumlauf wie auch der Stand der deutschen Wirtschaft von selbst wieder eine günstigere Entwicklung nehmen würden, wenn es gelang, die deutsche Wirtschaft und Finanzverhältnisse der Besserung entgegenzuführen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß ohne eine weitgehende Beseitigung der Grundursachen kaum eine befriedigende und dauernde Besserung zu erzielen sein wird, mit anderen Worten, daß es dem Deutschen Reich kaum leblich mit Hilfe seiner Finanzpolitik, seiner Währungsreform, seiner Finanz- und Währungsreform gelingen kann, die deutsche Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen, so lange nicht die Wirkungen des Krieges und weitergehend die vernichtenden Wirkungen des Friedensvertrages beseitigt sind. Aus diesem Grunde erscheinen die mehrfachen Vorschläge, die eine Besserung der Verhältnisse für Deutschland ausschließlich oder im wesentlichen durch Reformen auf dem Gebiete der Währung oder der Finanzen erstreben, mehr oder weniger unzureichend, so lange es der Reichsregierung nicht gelungen ist, auf dem Gebiet der inneren und äußeren Politik zu festen Verhältnissen zu gelangen.

Ein Abbau der Geld- und Kreditinflation ist selbstverständlich eine Balanzierung des Reichshaushalts voraus. Um diese herbeizuführen, bedarf es der strengsten Sparmaßnahme und der größtmöglichen Anspannung der Steuerkraft. Die Reichsregierung ist, wie insbesondere die neueste Steuererhebung beweist, dazu fest entschlossen. Aber auch die äußerste Anspannung der Steuerkraft und die stärksten Sparmaßnahmen werden nicht einmal die Deckung der heimischen Finanzbedürfnisse durch ordentliche Einnahmen erreichen werden. Daneben ist jedoch das Reich auf Grund des Friedensvertrages der Entente gegenüber mit großen Entschädigungen an Geld und Gütern belastet und wird mit größeren möglicherweise bald noch belastet werden. Unter diesen Umständen mühte der grundsätzliche Verzicht auf die Ausgabe von Reichsdaganzweisungen und auf die Schaffung neuer Geldzeichen ohne weiteres den finanziellen Zusammenbruch herbeizuführen. Hierdurch würde aber die Gesamtlage im Innern und dem Ausland gegenüber natürlich nur noch milder werden.

Auch eine gewalttätige Verminderung der Ausgaben, z. B. eine Einstellung des Fiskusdienstes für die Reichsanstalten, brächte keine Besserung, sondern eine Verschlechterung der Finanzlage des Reiches. Ein großer Teil der Banken, Sparkassen, Handels- und Industrieunternehmen, Privatpersonen und andere Träger der Volkswirtschaft müßten als Stützpunkte des Reiches in schwierige Verhältnisse geraten, was eine solche Verminderung der Steuerkraft zur Folge hätte, daß der Nutzen, den der Reichshaushalt aus dem Fortfall der Zinsen hätte, zum mindesten aufgewogen würde. Dazu kommt, daß die großen sozialpolitischen Forderungen, deren Kapitalbestände weitaus in Reichsmünze angelegt sind, durch Wegfall der Verzinsung außer Stand gesetzt würden, ihren Verpflichtungen zu genügen, so daß das Reich sich der Übernahme dieser Zahlungsverpflichtungen nicht entziehen könnte.

Wenn die für die gesamte Weltwirtschaft wichtige deutsche Volkswirtschaft erhalten bleiben und an einer Wiedergutmachung der durch den Krieg geschlagenen Völker mitarbeiten soll, so muß unbedingt dahin gewirkt werden, daß der Wert der deutschen Reichsmünze während der letzten Zeit nicht durch übermäßige Drangsalierungen wieder zerstört werde.

Soziale Rundschau

Vorsicht, Auswanderer!

Wie dem Reichswanderungsamt bekannt geworden ist, werden durch Agenten Arbeiter für Kohlenbergwerke in Bessarabien angeworben. Dieser Landstrich ist klimatisch und geographisch für einen dauernden Aufenthalt von Deutschen ungeeignet. Die Verbringung anstrengender körperlicher Arbeiten, zumal in Kohlenbergwerken in dieser Gegend muß für Europäer zu bedenklicher Gesundheitsgefährdung führen.

Eine steigende Altersrente

Durch die dänische Gesetzgebung ist eine steigende Altersrente jetzt eingeführt. Vom 60. Jahre an hat der Versicherte Anspruch auf eine Rente, jedoch kann freiwillig auf Bezug verzichtet werden. Die Rente steigt dann um ein Drittel. So beträgt die Rente bei 60 Jahren z. B. 783 Kronen, ein Jahr später schon 848 Kronen und fünf Jahre später 1140 Kr. Was mit dieser Maßnahme bezweckt wird, ist ersichtlich. Man wünscht dem kleinen und immerhin nicht übermäßig hart bedrückten Lande unter sozialen Gesichtspunkten möglichst lange die Arbeitskraft der Einzelnen zu erhalten. Es wäre von Interesse, fortlaufende Uebersicht über Anzahl und Beschäftigung dieses neuen Gesetzes zu erhalten und den Nutzen an Arbeitskraft für das Land zu berechnen. Die Kraft eines Arbeiters ist Volkvermögen, das bei richtiger Einsetzung und rechter Verwaltung Lebensbedingung eines jeden Staates ist.

Lichtenstein

Romanische Sage von Wilhelm Hauff

„Vom Himmel gefallen, sagst du?“ „So sagt man. Die Bauern hatten große Freude dran, aber die bündischen Herren wurden zornig, nahmen die Schulden gefangen und wollten ihnen abpressen, woher der Stein des Antikes komme. Und als man bei hoher Strafe verbot, vom Herzog zu brechen, da lachten die Mäner und sagten, jetzt träumen wir von ihm. Alles wünscht ihn zurück, denn sie wollen sich lieber von ihrem angestammten Herrn drücken, als von Fremden die Haut abziehen lassen.“ „Gut, der Herzog und seine Knecht können in wenigen Stunden hier sein. Sein Plan ist, sich gerade durchs Land nach Stuttgart zu schlagen. Ist die Hauptstadt unser, so fällt uns auch das Land zu. Und wie ist es mit den Landsknechten dort? Wollen sie mitziehen?“ „Nicht hätte ich die vergessenen,“ sagte Hans; „sie werden ungeduldig werden, wenn wir sie zu lange warten lassen. Gehet doch recht flug mit ihnen um, es sind stolze Gefellen und lassen sich Hauptleute schelten. Aber haben wir die Hülf gewonnen, so sind zwölf Hähnlein des Herzogs. Besonders mit dem Oberst, dem langen Peter, müßt Ihr gar höflich sein.“ „Welcher ist der lange Peter?“ „Der dicke Mann, der unter der Gasse sitzt. Er hat einen steifen Schnauzbart und einen vornehmen Hut auf dem Kopf. Der ist der Höchste unter ihnen.“ „Ich will mit ihm reden, wie du sagst.“ antwortete der junge Mann und ging mit dem Pfeifer zu den Landsknechten. Die lange Unterredung der beiden hatte sie schon etwas unmutig gemacht, und der kleine Ruderer schloß stehende Blicke auf den Gesandten des Herzogs. Als dieser aber mit edlem Anstand und freiem, sitzendem Blick unter sie trat, wurden sie schamrot und verlegen, und als er sie endlich mit höflichen, schmeichelförmigen Worten anredete, wurden ihre tapferen Herzen von der Unmut Georgs von Sturmfeber für die Sache des Herzogs gewonnen. „Bist du, kleiner Oberst?“ sprach er, „tapfere Hauptleute der versammelten Landsknechte, der Herzog von Württemberg hat sich den Grenzen seines Landes genant, hat die Stadt Heimsheim erobert und ist willens, auf gleiche Weise sein ganzes Herzogtum wieder an sich zu bringen.“ „Gott straf mein Heel“, er hat recht; ich auch so machen.“ Er hat den tapferen Arm und die fürstliche Kriegskunst der Landsknechte erprobt, als sie noch gegen ihn standen; er ver-

steht sich zu ihnen, daß sie ihn mit gleichem Mute jetzt beistehen werden, und verspricht ihnen mit seinem fürstlichen Wort, die Bedingungen zu halten, die sie ihm angeboten haben.“ „Ein frommer Herr“, murmelten sie untereinander mit besorgtem Blick, „ein Goldgäuben des Monats — und Nordblei — täglich vier Maß Wein für die Hauptleute!“ Der Oberst stand auf, entließ sie mit kaltem Haupt zum Gruß und sprach, von manchem Haupten der Verlegenheit unterbrochen: „Wir danken Euch, hochedler Herr, wollen's tun, wollen mitziehen — wir wollen dem Schwäbischen Bund heimgen, was er uns getan, so wollen wir. Die allerbesten und tapfersten, was auch fürstliche Leute haben sie vorgeschickt, als draußten sie keine Landsknechte mehr. Da steht zum Beispiel der Hauptmann Rößler. Wenn's einen tapferen Landsknecht gibt, so einen hat die Sonne noch nie beschienen und der Mond.“ Da ist dann der Radeburger, wie der, nicht keiner in der Tüchtigkeit — und der Wunderle da, man sollt ihm's nicht ansehen; aber das ist der beste Schwab mit der Donnerbüchse und trifft auf vierzig Gänge ins Schwarze. — Von mir mag ich nicht reden, Eugenius trinkt, aber Canto ceremonial in Spanien und Holland hab' ich gebient und jedem Heere kennt man den langen Peter. Gott straf mein Heel, wenn ich und die andern hinter den Schwäbischen Bund, wolt' se jeh Hund, komme, diavolo maleddito! Da werden sie das Gegenpaar ergeben und mit den Abjäten hinter sich lassen!“ Es war dies die längste Rede, die der lange Peter in seinem Leben gehalten hatte, und noch in späten Jahren, als er längst bei Rava den Ruhm der deutschen Landsknechte mit dem Tod besiegelt hatte, führten sie Genossen, wenn sie den jüngeren Kameraden vom langen Peter erzählten, diesen Moment als einen der erhabensten seines Lebens auf. Wie er dagestanden sei, auf das lange Schwert geküßt, den großen Hut mit der Schminke über den Kopf, die rechte Hand in die Seite gestemmt und die Beine ausgebreitet, da habe ihm nichts als ein beherztes Wams und eine Gnadenkette gefehlt, um ihn für einen echten Oberst und wackelhaften Feldherrn zu halten. Die Hauptleute luden jetzt den Junker von Sturmfeber ein, eine Weigerung über das neuverordnete Heer zu halten. Der dumpfe Schall der ungeheuren Trommeln löste durchs Tal und wachte die Schlauer aus ihrer Ruhe. Noch schien Fronenberg triegerischer Geist und sein strenger Ordnungssinn über ihnen zu schweben, denn in wenigen Augenblicken hatten sie sich zu drei großen Kreisen gebildet, die je aus vier Hähnlein bestanden. Einem Auge, das an die schnelle taktmäßige Bewegung, die schöne Gal-

lung und die gleiche Farbe der Regimenter unserer Zeit gewöhnt ist, möchte wohl jener Anblick überaus, ja lächerlich erschienen sein. Die Landsknechte waren nach ihrem Geschnad geleidet, doch hatte die Mode der Zeit im Schnitt ein wenig Gleichförmigkeit in ihren Tragen gebracht. Sie trugen gewöhnlich enge Wänter von Leder, oder auch Lederwesten mit Ärmeln von grobem Tuch. Die Wenden staken in ungeheurer weiten Hülberhosen, die am Anze gebunden durch ihre eigene Schwere noch etwas tiefer heruntergingen. Die vollen Waden umgaben grobe Strümpfe von hellen Farben und die Hüfte waren mit groben Sandföhnen von ungefübrtem Leder beledet. Ein Hut, eine Tusch, oder Ledermütze, eine erbeutete oder für eigene Rechnung gefaßte Weidhaube bedeckte den Kopf, und die bärtigen Gesichter dieser Männer, die oft zwanzig Jahre unter allen Peeren und Himmelsstrichen Europas dienten, hatten einen fähnen, martialischen Ausdruck. Ihre Bewaffnung bestand in einem langen Dolch und einer Selbbarde; ein Teil war auch mit Donnerbüchsen bewaffnet, die man mit Luntten losbrannte. So standen sie mit ausgebreiteten Beinen, Fuß an Fuß geschlossen, wie nie seitens Voller, und Georgs kriegerischen Sinn erfreute der Anblick dieser kampfgewöhnten Männer, die wohl zu wissen schienen, daß sie vereinzelt nicht, aber in Massen verbunden auch einer zahlreicheren Schaar den Feinden fürchtbar seien. Die Hauptleute hatten den Kriegsbrauch und das Kommandowort ihrer früheren Anführer wohl im Gedächtnis behalten. Sie traten daher mit dem jungen Ritter in einen dieser Kreise, und der tiefe, weit abnehmende Wagh des langen Peters befaßt: „Geht acht, Ihr Leute! Nehet euch um!“ Schnell hatten sich die Kreise nach innen gelehrt und benahmen nun die Neben ihrer Hauptleute, die ihnen jene Aufforderung des Herzogs von Württemberg auseinander setzten. Ein freudiges Gemummel zeigte, daß sie mit diesen Bedingungen zufrieden seien und Ulrich von Württemberg so eifrig dienen wollten, als sie vorher gegen ihn gebient hatten. Die Hauptleute ließen jetzt auch einige Redungen machen, und Georg bewunderte die Geschicklichkeit der Landsknechte und glaubte fest, man werde es in der Kriegskunst auf Erden schwerlich noch viel weiter bringen. Er stauzte sich! Doch sein Verstum noch viel weiter bringen unserer Großvater, die die Deroen des großen Friedrich für unübertrefflich hielten und den göttlichen Spott ihrer Enkel über Pops und Camajehend nicht anbeten. Und wird nicht eine Zeit kommen, wo man auch über die guten alten Zeiten von 1829 lächeln wird? Freilich die guten alten Zeiten gattage sah man bei den Landsknechten und ihren Hauptleuten Anno 1519 nicht. Doch hätten jene martialischen Figuren einem ganzen heutigen Heere mit Normalbüchsen ausbilden können. (Fortsetzung folgt.)

503

1. Ver...
2. Ver...
3. Ver...
4. Ver...
5. Ver...
6. Ver...
7. Ver...
8. Ver...
9. Ver...
10. Ver...
11. Ver...
12. Ver...
13. Ver...
14. Ver...
15. Ver...
16. Ver...
17. Ver...
18. Ver...
19. Ver...
20. Ver...
21. Ver...
22. Ver...
23. Ver...
24. Ver...
25. Ver...
26. Ver...
27. Ver...
28. Ver...
29. Ver...
30. Ver...
31. Ver...
32. Ver...
33. Ver...
34. Ver...
35. Ver...
36. Ver...
37. Ver...
38. Ver...
39. Ver...
40. Ver...
41. Ver...
42. Ver...
43. Ver...
44. Ver...
45. Ver...
46. Ver...
47. Ver...
48. Ver...
49. Ver...
50. Ver...

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksverband Baden

Ordentlicher Parteitag zu B.-Baden

am Freitag, den 26., Samstag, den 27. und Sonntag, den 28. November 1920.

Vorläufige Tagesordnung

1. Bericht des Bezirksvorstandes. Referent: Landtagsabgeordneter **Sirobel**, Mannheim.
2. Kassenbericht. Referent: Landtagsabgeordneter **Sahn**, Mannheim.
3. Wahl des Bezirksvorstandes und Bezirksausfühlers.
4. Beratung derjenigen Anträge, welche mit feinem der Tagesordnungspunkte im Zusammenhang stehen.
5. Die Arbeiten des Badischen Landtages. Referent: Landtagsabgeordneter **L. Marum**, Karlsruhe.
6. Schaffung einer neuen Gemeinde- und Städteordnung. Referent: Stadtrat **H. Grumbach**, Freiburg.
7. Die Reorganisation der Kreisverfassung. Referent: Stadtverordneter **H. Pfeiffer**, Mannheim.
8. Die Aufgaben der Sozialdemokratie beim Wiederaufbau Deutschlands. Referenten: Reichstagsabgeordneter **Osar**, Weid, Mannheim, und Landtagsabg. **Dr. Kraus**, Weidberg.

Vorläufige Geschäftsordnung

1. Die Redezeit ist für die Referenten unbeschränkt; für die Zuhörer und für die Erörterung der Anträge zur Begründung derselben beträgt sie 10 Minuten. Jeder Redner hat sich schriftlich zum Wort zu melden und darf nur dann in die Redezeit einbringen, wenn sein Name nicht bereits in der Liste steht.
2. Zu allgemeinen Geschäftsordnungsanträgen darf nur ein Redner für und einer dagegen sprechen.
3. Anträge, die zur Debatte gelangen sollen, müssen schriftlich gestellt werden und bedürfen der Unterzeichnung von 15 Delegierten. Geschäftsordnungsanträge sind hiervon ausgenommen.
4. Anträge auf Schluß der Debatte gelangen nach vorheriger Bekanntgabe der noch einzubringenden Redner sofort zur Abstimmung, können jedoch nur dann nicht an der Debatte teilnehmen, wenn sie nicht schriftlich gestellt worden. Anträge auf Schluß der Redezeit sind nicht zulässig, auf Wunsch von 15 Genossen findet namentliche Abstimmung statt.
5. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Anwesenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.
6. Dem Bezirksvorstand und den Referenten ist zur sachlichen Vertretung ihrer Berichte auf Wunsch nach jedem Redner das Wort zu gestatten. Das gleiche Recht steht den Redakteuren der Parteipresse zu, sobald es sich um ihre Zeitungen handelt.
7. Tatsächliche Mängelstellungen und persönliche Bemerkungen sind nur nach Schluß der Debatte zulässig.

Anträge

Zur Tagesordnung!

1. Die Vereinigung von Baden und Württemberg ist als besonderer Tagesordnungspunkt zu behandeln und Genosse **Osar** Graf-Frozheim als Referent zu bestimmen. **Oggenau**.
2. Auf die Tagesordnung ist „Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft der sog. Geistesarbeiter“ zu setzen. **Weidberg**.
3. Die wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart“ als besonderer Tagesordnungspunkt zu behandeln.

Zum Bericht des Bezirksvorstandes

A. Programm

1. Der Parteitag wolle unser Verhältnis zur Volkstheoriebewegung im Sinne strengster Neutralität zu allen konfessionellen und religiösen Strömungen klarstellen. **St. Georgen i. Schw.**
2. Das neue Parteiprogramm muß sich das Ziel setzen, die Arbeiterklasse zu sammeln, um die letzte Ungleichheit zu überwinden. Der Bezirksvorstand wird ersucht, in dieser Richtung alles zu tun. **St. Georgen i. Schw.**
3. Der Parteitag soll eine klare Stellung gegenüber dem christlichen Sozialismus und zum Volksrechtbund festlegen.

B. Organisation

1. Entsprechend der für Baden amtlich festgesetzten Landtagswahlkreis-Einteilung gliedert sich der Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei Badens in nachstehende Unterbezirke, an deren Spitze ein Kreisvorstand steht:
 1. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Konstanz, Hebersingen, Pfalldorf, Rehrich, Stodach, Eugen, Donau-Ischingen, Villingen, Trieben.
 2. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Waldshut, Bann-dorf, St. Blasien, Säckingen, Schönau, Schopfheim, Lörrach, Müllheim.
 3. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Freiburg, Reut-haus, Stauffen, Weisach, Emmendingen, Waldkirch, Etten-heim.
 4. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Offenburg, Lahr, Wolfach, Oberkirch, Rehl.
 5. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Karlsruhe, Ett-lingen, Durlach, Frozheim, Breiten, Bruchsal und vom 4. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Achern, Bühl, Baden-Baden, Rafzatt.
 6. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Mannheim, Weinheim, Schwetzingen.
 7. Kreis, umfassend die Amtsbezirke: Weidberg, Adelsheim, Buchen, Forstberg, Eberbach, Eppingen, Eins-heim, Laubersbühel, Wertheim, Wiesloch.
2. Der Vorstand des Bezirksverbandes Baden bildet für die Wahl zum Reichstag und Landtag das Wahlkomitee. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt am Reichstag und

für die Landesliste zum badischen Landtag durch den Bezirksparteitag; die übrigen Landtags-Kandidaten werden durch Kreisvorstände im Benehmen mit dem Bezirksvorstand aufgestellt.

Die Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag und Bezirksrat erfolgt durch Konferenzen der einen Wahlbezirk bildenden Ortsvereine und zu den Gemeinbewerksvereinen durch die Ortsvereins-Versammlungen nach vorausgegangener Verständigung mit dem Kreisvorstand.

Der Parteitag hat das Verhältnis zu der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Geistesarbeiter in einer dem Parteinteresse dienenden Weise zu klären. **Karlsruhe**

Die Vertreter zum Parteitag werden beauftragt, darauf zu dringen, daß das Verhältnis der sozialdemokratischen Geistesarbeiter zur Partei geklärt wird. Die Bewegung der sozialdemokratischen Geistesarbeiter ist in den Räumen der Partei aufzunehmen; das Kampfbüro „Die Schmiebe“ ist zu einem wissenschaftlichen Anstaltsorgan der Partei umzugestalten und von der Partei zu übernehmen. **Mannheim (Lange Ritter)**

Der Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, Vereinigungen ähnlich der „Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Geistesarbeiter“ aufzulösen und die Parteienoffen zur Propagierung ihrer Ideen in die allgemeinen Parteiveranstaltungen zu beziehen. **Lauda, Tauberbischofsheim und Wiesental**

Vor der Übertragung eines Ehrenamtes sind die betr. Genossen schriftlich zu verpflichten, von demselben zurückzutreten, falls sie aus der Partei ausscheiden oder durch Verlangen dasselbe nicht so versehen können, wie das verlangt werden muß. Weigert sich ein Genosse, zurückzutreten, so ist derselbe aus der Partei dauernd auszuschließen. **Lauda Tauberbischofsheim**

Im badischen Hinterlande, mit dem Sit in Lauda, ist auf Kosten der Parteikasse eine Parteibibliothek zu errichten. Für Neuanschaffungen usw. ist ein Beitrag von 10 Pf. für jedes Buch und 14 Tage zu entrichten. **C. Agitation**

Der Parteitag soll den Kreissekretären und diese den Kreisvorständen Material über die künftige Lösung der Steuerprobleme zur Verfügung stellen. **Dangstetten**

Der Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, Material zur Verfügung zu stellen, in welchem unsere programmatische Stellung zu den landwirtschaftlichen Kleinrentnerproblemen dargestellt wird, und ferner dahin zu wirken, daß auch auf dem Lande parteipolitisch und volkswirtschaftlich mehr Aufklärungsarbeit vorgenommen wird. **Ettlingen**

Um der mehr und mehr sich zeigenden reaktionären Gefahr sowie der trübseligen Agitationsweise der U.S.D. und speziell der R.P.D. entgegen zu wirken, ist es notwendig, eine umfassende Aufklärungsarbeit von unserer Seite zu entfalten. Pflicht eines jeden Parteimitglieds muß es sein, mit aller Offenheit unseren Gegnern von „Rechts“ und von „Links“ scharf entgegenzutreten. Insbesondere macht es der Parteitag unseren Mitgliedern zur Pflicht, der Agitation der R.P.D., welche auf eine Schwächung und damit Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung abzielt, mit allen erzielbaren Mitteln zur Aufklärung durch Versammlungen und Berichte in der Parteipresse entgegenzutreten. **Lauda Tauberbischofsheim**

Aus dem badischen Hinterland sind 2-3 Genossen als Schlichter zur Volks-Hochschule Mannheim zu berufen. Die betr. Genossen müssen im Hinterland anwesend sein und sich verpflichten, ihren Wohnort nicht zu ändern, bevor Erlass für sie vorhanden ist. **D. Presse**

Der Parteitag wolle beschließen, daß in mehreren Provinzorten unseres Landes Zeitungen gegründet und diese aus allgemeinen Mitteln der Partei finanziell unterstützt werden. **Wahr**

Der badische Parteitag wolle den landlichen Verhältnissen Rechnung tragend die Schaffung einer wöchentlich dreimal erscheinenden Zeitung in Erwägung ziehen. **Baden-Baden**

Der Parteitag sollte mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß in bezug auf die Papierknappheit für unsere Presse bessere Verhältnisse geschaffen werden. **Mannheim (Lange Ritter)**

Der Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, dahin zu wirken, daß in der badischen Parteipresse regelmäßig erscheinende Abteilungen eingeführt werden, die der Aufklärung und Belehrung der Frauen und der Jugend gewidmet sind. **Mannheim (Schwefelinger-Bastard und Lindner)**

Der badische Parteitag beauftragt den Bezirksvorstand, dahin zu wirken, daß möglichst bald allen badischen Parteizeitungen eine wöchentliche Beilage (Frauen- und Jugendzeitung) beigegeben wird. **Karlsruhe**

Der badische Parteitag möge beschließen, daß die Parteipresse in nächster Zeit genügend Aufklärung über die noch zu lösenden Aufgaben zwecks Schaffung eines neuen Parteiprogramms sowie der allgemeinen Wirtschaftspolitik verbreitet und der kommunalen Politik auf dem Lande Beachtung schenkt. **E. Kasseier**

Um dem Parteitag mehr Vollständigkeit zu verleihen, ist anzustreben, daß im Wege der Verordnung Schulferien abgehalten werden, daß des ferneren die Arbeiterport-

vereine mitwirken und an diesem Tage zeigen, was ihrerseits geleistet werden kann.

Zum Kassenbericht

Der Beitrag für den Bezirksverband Baden wird ab 1. Januar 1921 für männliche Mitglieder auf 40 Pf., für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. pro Woche, und das Eintrittsgeld auf 1 M. erhöht. Von den Beiträgen der männlichen Mitglieder sind an die Bezirkskasse 30 Pf., von denen der weiblichen Mitglieder 20 Pf. sowie das Eintrittsgeld von 1 M. in vollem Betrage abzuführen. Für verloren gegangene Mitgliedsbücher ist 1 M. zu zahlen. Der Rest von 10 und 8 Pf. der Beiträge verbleibt den Ortsvereinen. Die Ortsvereine sind berechtigt, Lokalzuschläge zu erheben. **Ettlingen**

Die vom Deutschen Parteitag 1920 in Kassel beschlossene, obligatorische 100prozentige Beitragserhöhung tritt in Baden am 1. April 1921 in Kraft. Die Aufnahmegebühr für Neueintretende beträgt mindestens 1 M. Den Mitgliedschaften bleibt es unbenommen, den erhöhten Beitrag in Form eines Lokalzuschlags jetzt schon zu erheben, damit die Kassenverhältnisse eine der Zeit entsprechende Stärkung erfahren. Die Abführung der Gelder an die Bezirkskasse ist, wie bisher, die gleiche bis zum 1. April 1921. Der prozentuale Anteil der Mitgliedschaften an den verkauften Beitragsmarken bleibt bestehen. **Heidelberg**

Die vom Parteitag in Kassel beschlossene Erhöhung der Wochenbeiträge auf 40 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder ist bereits ab 1. Januar 1921 durchzuführen. Bis 1. April 1921 verbleiben den Ortsvereinen von den 40 Pf. Beiträgen 15 Pf., von den 30 Pf. Beiträgen 10 Pf. **Hemsbach**

Um den kleineren Ortsvereinen die Beschaffung des Landesparteitages künftig zu ermöglichen, wolle der Parteitag beschließen, daß die Delegationskosten von der Bezirks- oder Kreisliste übernommen werden. **Karlsruhe**

Der badische Parteitag in Baden-Baden möge beschließen, daß der vom Parteitag in Kassel beschlossene um 100 Prozent erhöhte Beitrag im Bezirk Baden schon vom 1. Januar 1921 ab zur Einführung kommt, jedoch die Erhöhung bis zum 1. April 1921 den Ortsvereinen zur Stärkung ihrer Kassen zu belassen. Den Ortsvereinen muß es überlassen bleiben, auch nach dem 1. April 1921 Ortszuschläge zu erheben. **Wiesental**

Es möge bis zur Hälfte der Delegationskosten von der Bezirksliste übernommen werden.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Der Bezirksvorstand besteht aus zehn Personen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung

Der Bezirks-Parteitag findet künftig in der Regel alle zwei Jahre statt. **St. Georgen i. Schw.**

Der Parteitag wolle in Zukunft in Offenburg abgehalten werden, damit auch kleineren Mitgliedschaften Gelegenheit zu Beschaffung gegeben ist. **Bezirksvorstand**

Der Bezirks-Parteitag ermächtigt den Bezirksvorstand, zu geeigneter Zeit Vorarbeiten zu treffen, um dem unbegleiteten Genossen **Dr. Franz** ein dauerndes Gedächtnis zu sichern. **Karlsruhe**

Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen, die noch Mitglied der bürgerl. Sportvereine sind, auf, an den Orten, wo Arbeiterportvereine bestehen, in dieselben einzutreten und aus den bürgerlichen Vereinen auszutreten. Des Weiteren ist der Parteitag der Ansicht, daß die Parteimitglieder ihre Kinder zu deren turnerischer und sportlicher Betätigung in die Arbeiterportvereine entsenden.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung

Der Parteitag möge beschließen: Die Frage des politischen Zusammenschlusses der Länder Baden und Württemberg ist durch die künftige Entwicklung des südwestdeutschen Verkehrs und Wirtschaftslebens zu einer unmittelbar dringlichen geworden. Der Parteitag fällt es deshalb für die Pflicht der sozialdemokratischen Vertreter in allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen und die Bevölkerung des Landes auf ihre große Bedeutung hinzuweisen. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten zum badischen Landtag erwartet der Parteitag, daß sie sich mit den Vertretern der Partei in der württembergischen Landesversammlung alsbald in Verbindung setzen, um gemeinsam mit ihnen die gefestigten Beziehungen für den Zusammenschluß ohne Verzug in Angriff zu nehmen. **Hemsbach, Weinheim, Ringelsheim**

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Vereinigung von Baden, Württemberg und Posen auf schnellstem Wege angestrebt wird. **Karlsruhe**

Die Parteiverammlung ersucht den badischen Parteitag, zu verlangen, daß die Regierungsmitglieder und die Landtagsfraktion mit größerer Schärfe als bisher die sozialdemokratischen Forderungen vertreten und bei der Ablehnung durch die bürgerliche Mehrheit die Konsequenzen durch Austritt aus der Koalitionsregierung ableiten.

- Mannheim (Änere Stadt)**
28. Die Versammlung erklärt sich mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im allgemeinen einverstanden, ist jedoch der Meinung, daß dieselbe gegen die Pensionierung des Genossen Weis hätte stimmen sollen, da die Pensionierung des Staatspräsidenten dem demokratischen Prinzip widerspricht.
- Mannheim (Lange Räder)**
29. Der Parteitag bedauert die Zustimmung der Landtagsfraktion zur Staatspräsidenten-Pension und hätte gewünscht, daß die Partei dem Genossen Weis bei der Gründung einer Erziehung behilflich gewesen wäre.
- Forstheim**
40. Der Parteitag mißbilligt die Entscheidung des Ministeriums des Innern über die Entziehung eines Bürgermeisters in Eisingen, Amt Forstheim.
- Heidelberg**
41. Der Parteitag möge die Landtagsfraktion beauftragen, mit aller Energie auf eine durchgreifende Demokratisierung der Verwaltung hinzuwirken, indem mehr wie bisher Sozialdemokraten in leitende Beamtenstellungen berufen werden.
- Forstheim**
42. Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, alles zu tun, was mit der Demokratisierung der Verwaltung trotz der Hege reaktionärer Zeitungen, endlich einmal begonnen wird.
- Bad. Rheinfelden**
43. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei wird beauftragt, im Landtag energisch für die baldige Schaffung der neuen Gemeindeordnung einzutreten und dafür zu sorgen, daß dabei das demokratische Prinzip zur Geltung kommt.
- Durmersheim**
44. Der Parteitag wolle dafür eintreten, daß bei Arbeiterentlassungen in Staats- und Privatbetrieben die bedürftigen künftigen Arbeiter durch den Demobilisierungsausgleich mehr als bisher berücksichtigt werden.
- Rehl**
45. In Anbetracht der langen Arbeitslosigkeit, von der viele Arbeiter und Angestellte im Bezirk Rehl durch Abberufung von ihren früheren Arbeitsplätzen in Straßburg betroffen sind, ersucht die Mitgliedschaft Rehl den Landesvorstand und die Landtagsfraktion, bei den maßgebenden staatlichen Stellen dahin zu wirken, daß bei Befreiung von freierwerbenden und neuerschaffenen Stellen auch in den verschiedenen staatl. Dienststellen die Arbeitslosen am Ort, soweit sie geeignet sind, zu berücksichtigen sind. Es soll dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, die drückenden Arbeitslosen wieder in feste Stellen zu bringen; ferner soll verhindert werden, daß durch den ständigen Zuzug auswärtiger Kräfte die Wohnungsnot am Plage verschärft wird.
- Gemeindevertreterkonferenz des Bezirks Säckingen**
46. 1. Der Parteitag ersucht die Landtagsfraktion, für eine beschleunigte Bearbeitung der Schulfrage und der Anpassung an die heutigen Verhältnisse hinzuwirken. — 2. Daß die Ortschulräte in Zukunft durch öffentliche Wahlen gewählt werden. — 3. Daß die Vermittlungsfreiheit in allen badiischen Pachtstellen eingeführt wird.
- Karlruhe**
47. Der Parteitag der badiischen Sozialdemokratie möge sich eingehend mit der Frage der Einführung von Elternrenten bet. befassen und die Landtagsfraktion beauftragen, diesbezügliche Schritte zu unternehmen.
- Land/Landbesitzheim**
48. Der Landesvorstand, die Landtagsfraktion, besonders aber die Genossen in der Regierung mögen ihre volle Aufmerksamkeit darauf richten, daß in der Schulfrage eine sozialere, unseren Parteiarundrunden entsprechende Politik getrieben wird und künftige Maßnahmen von Lehrern durch Gemeinden und Regierung unterbleiben, und daß 2. das Zentrum und der Nexus nicht vollends die Leitung und Aufsicht der Schule an sich reißen. Einwärtiger Widerstand der bürgerlichen Parteien ist durch Anruf der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Bauernschaft zu brechen.
- Heidelberg und Lahr**
49. Der Parteitag wolle die Landtagsfraktion beauftragen, bei der Revision der Verfassung für eine Einziehung der Volksschullehrer in Klasse 8 im Sinne der Eingabe des badiischen Lehrervereins einzutreten.
- Büchenbronn**
50. Der sozialdemokratische Verein Büchenbronn stellt den Antrag auf Aufhebung der vorhandenen Schulgüter. Die Güter sind den Gemeinden zurückzugeben und die Rechte der Lehrer auf diese aufzuheben.
- Mannheim (Änere Stadt)**
51. Die verarmtesten Parteigenossen wenden sich mit Entschiedenheit gegen den dem badiischen Landtag vorgelegten Gesetzentwurf „Die religiöse Erziehung der Kinder betr.“. Insbesondere gegen den in diesem Entwurf enthaltenen Abschnitt, wonach schon bei Eingebung der Ehe von den Eheleuten ein bindender Vertrag abzuschließen sei, welcher bestimmt, nach welcher Religion die aus der Ehe hervorgehenden Kinder erzogen werden sollen.

- Da dieses Verlangen eine Beschneidung der Gewissensfreiheit ist, werden die Landtagsabgeordneten ersucht, alles einzusetzen, um das Zustandekommen dieses Gesetzes unmöglich zu machen.
- Forstheim**
52. Die Landtagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichs- und Landesregierung dahin zu wirken, daß Beste und Vermögen endlich einmal nach den neuen Steuergesetzen erfasst und herangezogen werden. Besonders ist unverzüglich eine Steuer-Konvention herbeizuführen, da die heute angelegenen Steuerwerte von Liegenschaften und Betriebsvermögen in keinem Verhältnis mehr zu ihrer tatsächlichen Höhe stehen. Gegen vermögende Defraudanten ist mit aller Schärfe in gewissen Fällen mit der Konfiszierung des Vermögens vorzugehen.
- Forstheim**
53. Die Fraktion hat bei der Regierung dahin zu wirken, daß den Gemeinden bei der Festlegung von Zuschüssen und anderen, den Besitz belastender Abgaben keine Schwierigkeiten bereitet werden. Der Parteitag spricht sich gegen die Besteuerung der Einkommensfreiteile aus; ist eine solche nicht zu verhindern, so haben unsere Vertreter dafür zu sorgen, daß ein der Zeit gerecht werdendes Ertragsminimum frei bleibt.
- Sell i. W.**
54. Der Parteitag möge beschließen, unsere Fraktionsmitglieder im Landtag zu beauftragen, dahin zu wirken, daß das hier Steuerabgabe vom Reich in Bezug nehmende Einkommen bei einem Jahreseinkommen von 25000 Mark von Gemeinden zur Steuer nicht herangezogen werden darf.
- Säckingen**
55. Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, dahin zu wirken, daß die Gemeinde, sei es durch ein besonderes Gesetz oder durch die G. O. ermächtigt werde:
1. Die Steuer auf Kapital- und Liegenschaftsvermögen so weit zu erhöhen, als dies zur Erfüllung unabweisbarer Aufgaben der Gemeinden nötig ist.
 2. Durch die Erhebung einer Abgabe von allen Wohnungsinhabern, die eine höhere Zahl von Wohnzwecken geeigneten Räumen bewohnen, als die Kopfzahl ihrer Familie beträgt (woher in 2 Stufen unter 10 Jahren für eine Person 25 Pfennig), Mittel für dringende Wohnungsherbauten flüssig zu machen.
- Mannstadt**
56. Die badiische Landtagsfraktion möge mit allen Mitteln dahin wirken, eine Reineinkünfte der Landwirte und eine neue Zusammensetzung des Saatzungsrates durchzusetzen.
- Ostersheim**
57. Der Ortsverein Ostersheim erhebt schärfsten Protest dagegen, daß bis heute noch keine Reineinkünfte der Arbeiter- und Dienerschaften erfolgt ist und dementsprechend den Arbeitern die hohen Lasten aufgebürdet sind, und verlangt beschleunigte Nachholung des Verfallenen, sollte in aller Eile hier in dieser Frage keine Entlohnung für die Arbeiter erfolgen, so muß zum äußersten Mittel der Selbsthilfe geschritten werden.
- Karlruhe**
58. Die bis jetzt im Amt befindlichen Schatzungsräte sind alsbald ihres Amtes zu entsetzen und durch neue zu ersetzen. Bei der Neubesetzung dieser Stellen soll die Arbeiterchaft ihrer Stärke entsprechend vertreten sein.
- Gemeindevertreterkonferenz des Bezirks Säckingen**
59. Der Parteitag beauftragt die Landtagsfraktion, dahin zu wirken, daß in der Uebergangszeit von der Zwangsverwaltung zum freien Handel für die nothwendigsten Lebensmittel (wie Kartoffeln usw.) Privatauktionen jede Tätigkeit verweigert wird, bis die Gemeinden ihren Bedarf gedeckt haben. Die Bezirke haben nach eingegangenen Petitionenschriften der einzelnen Gemeinden die Regierung zu benachrichtigen, damit diese festsetzen kann, wo Privatauktionen zugelassen sind.
- Gemeindevertreterkonferenz des Bezirks Säckingen**
60. Für die Verdrängung der staatlichen Domänenländereien ist in Zukunft den Gemeinden das Vorrecht einzuräumen. Wegen die Domänen in Gemeinden, deren Hauptberuf sich auf Landwirtschaft einstellt, so sind eventuell an solche hende Industrieunternehmen bei der Verdrängung mit zu berücksichtigen. Durch Parzellierung dieser Ländereien ist es den Gemeinden zu ermöglichen, die Anlage von Kleingärten zu fördern.
- Karlruhe**
61. Unsere Parteigenossen, die in Staat und Gemeinde Einfluss haben, müssen für weitestgehende Durchführung der Schereffekte zur Erwerbung von Grundstücken durch Staat und Gemeinde Sorge tragen.
- Mannheim (Lange Räder)**
62. Die Verhältnisse auf dem Papier- und Büchermarkt gefährden nicht nur unser geistiges Leben im allgemeinen, sondern es werden auch alle Bestimmungen des Reichs- und Landesverfassung, die den Kinderbestimmten den Aufstieg in die höheren Schulen freistellen, außer Wirkung gesetzt. Der drohenden Gefahr kann nur durch einen kräftigen Eingriff in das Papier-, Buch- und Lernmittelmärkte entbunden werden, die auch schon anderwärts durchgeführte Monopolisierung für die Herstellung und den Vertrieb der Lehr- und Lernmittel oder durch die volle Sozialisierung beantragt werden. Die hohen Dividenden

- in der Papierindustrie machen diesen Zustand doppelt unerträglich.
- Karlruhe**
63. Um den Neubau von Wohnungen durch Staat und Gemeinde zu beschleunigen, muß auf dem Gebiete der Pauschalbeschaffung der Unternehmerrückgewinn eingeschränkt, die Sozialisierung der Baustoffe vorbereitet und die Bürokratie der Bauämter in Staat und Gemeinde beseitigt werden.
- Freiburg i. Br.**
64. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat einen Antrag einzubringen, dahingehend, daß die in Freiburg in den Kampfbüchereien wegen Vergebens gegen das Exzentriertisch befristeten Arbeiter auf Grund des Anmerkungsgesetzes amnestiert werden.
65. Falls Abgeordnete ihre Pflichten in grober Weise vernachlässigen, hat der Bezirksvorstand diese Genossen an ihre Pflichten zu erinnern und wenn ein Erfolg ausbleibt, in den Kreisen, in denen die betreffenden Genossen gewählt sind, dahin zu wirken, daß bei den Neuwahlen eine Wiederwahlstellung nicht mehr erfolgt.
66. Entsprechend dem Beschluß des letztjährigen Parteitages wird die sozialdemokratische Landtagsfraktion ersucht, im Landtag darauf hinzuwirken, daß in die staatlichen Versicherungskassen Personen berufen werden, die über Sachkenntnis und Erfahrung auf dem Gebiete der Sozialversicherung verfügen.
67. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Landtagsfraktion, erneut bei der Regierung vorstellig zu werden, damit dieselbe die Entzerrung der Kürstentücher und Rüsten aus allen, auch den nicht dem Publikum zugänglichen Dienststellen veranlasse; ferner möge sie sofort den Gebrauch von Dienstreifen mit monarchistischen Hoheitszeichen und -Reichen untersagen, um auf diese Weise zum Ausbruch zu bringen, daß sie gewillt ist, den Verwaltungsapparat mit republikanischem Geiste zu erfüllen.
- Zu Punkt 6 der Tagesordnung**
- Heidelberg**
68. Der Parteitag erklärt der Regierungsentwurf über die Reform der badiischen Gemeindeordnung als in keiner Weise den berechtigten Erwartungen des Volkes entsprechend und fordert die Landtagsfraktion auf, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Reform in wirklich freiheitlichem und wirtschaftlich fortschrittlichem Sinne durchgeführt wird.
- St. Georgen i. Sch.**
69. Zur Gemeindeordnung: Der Entwurf enthält zum großen Teil recht unklare Bestimmungen, die so bedauerlich sind, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden in mancher Hinsicht nur Schein ist. Es fehlt an Unabweisbarkeit und Klarheit. Als ganz besonders revisionsbedürftig haben wir den Paragraphen 65 hervor, wonach der Bürgerentscheid nicht in den Wirkungskreis des Gemeinderats eingreifen kann. § 70 Abs. 3 sollte bezüglich des Verhaltens der Gemeindevorstände fallen. § 70 Abs. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
70. Die Amtszeit der Bürgermeister ist auf 5 Jahre festzusetzen.
- Büchenbronn**
71. Der Parteiverein Büchenbronn stellt den Antrag, für die Gemeinde Büchenbronn sowie für das ganze Land Baden Bürgerrenten in den Gemeinden aufzuheben, wenigstens für Gemeinden, die Umlagen erheben. Unsere Fraktion möge im Landtag bei der Ausarbeitung der neuen Gemeindeordnung darauf hinzuwirken, daß dieser Antrag zur Durchführung kommt.
- Biesental und Sell i. W.**
72. Die im Entwurf vorgesehenen Paragraphen über den Vermögensgegenstand der Bürgerrenten sind zu streichen.
- St. Georgen i. Sch.**
73. Für die Reueinführung des Notennetzes und Finanzwesens der Gemeinden ist zu fordern: a) Beteiligung des Reiches und Staates an den Besoldungskosten; b) eine erhöhte Beteiligung des Reiches und des Staates an dem Aufwand für das Schul-, Polizei- und Armenwesen; c) Wegfall der Umlagebeschränkung seitens der Gemeinde; d) eine Mietsteuer ist abzulehnen; e) Wegfall der Möglichkeit zur Besteuerung des steuerfreien Mindesteinkommens bis zum Einkommensbetrage von 15000 M.

Bericht des Bezirksvorstandes für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920

VII. Die Sekretariatsarbeit

Die Geschäfte des Landessekretariats führte Genosse Hahn. Erst ab 1. Mai 1920 übernahm Genosse Strobel die weitere neu geschaffene Stelle im Bezirksvorstand. Zur Erledigung der Geschäfte hielt der Bezirksvorstand 29 Sitzungen ab. Sehr umfangreich war der schriftliche Verkehr; er weist auf an

Diese Karten	Weld-	Druck-	Depe-	Zu-
sendungen	patete	schreiben	schreiben	schreiben
Eingängen: 2028	382	378	172	150
Ausgängen: 1756	226	172	282	1203
			66	3796

Der Vorliegende nahm im Berichtsjahre an 245 und der Genosse Hahn an 151 Parteiveranstaltungen teil. Auch die übrigen Mitglieder des Bezirksvorstandes wurden wiederholt als Beauftragte zu Veranstaltungen delegiert.

Schlusswort

Ein Berichtsjahr schwerer Kämpfe liegt hinter uns. Besondere Berichte über den Kampfbücherei und die Reichstagswahlen werden noch folgen. Nicht alle Wünsche wurden erfüllt. Wenig befriedigend war die von der Partei geleitete Bildungsarbeit; durch die politische Bewegung blieb hierfür wenig Zeit. Da inzwischen die Verhältnisse wiederum ruhiger geworden sind, wird auch auf diesem Gebiet künftighin mehr geschehen. Großartig vorbereitet haben einzelne Kreise die Bildungsarbeit für das Winterhalbjahr 1920/21. Die vom Bezirksvorstand gegebenen Anregungen fanden dabei die gebührende Berücksichtigung, so daß insbesondere für das Geschäftsjahr 1920/21 erfreuliches über die geleistete Bildungsarbeit berichtet werden kann. Trotz aller Stürme und Vermehrung von 517 Mitgliedern kann gebührt werden. Dieses Ergebnis ist um so erfreulicher, als es die Linksparteien gemeinsam mit der Reaktion an nichts fehlen lassen, um der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Trotz des Misserfolges unserer Gegner werden sie ihre Arbeit in Kampfe gegen unsere Partei fortsetzen und durch Anwendung schärfster Kampfmittel ihr Ziel zu erreichen suchen. Neue Kämpfe und neue Schwierigkeiten treten auf. Nach Zurückverlagerung der U. S. P. wird die kommunistische Partei entsprechend ihrem Programm und Verprechungen zu Aktionen übergehen, die geeignet sind, das Wirtschaftslieben noch mehr zu erschüttern; um die heutige Wirtschaft vollständig zu zerstören und auf deren Trümmerhaufen dann die kommunistische Herrschaft aufzurufen. In erköstem Maße bemühen sie sich, in den Gewerkschaften Einfluss zu gewinnen, um diese für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Geht es nicht, so werden sie versuchen, als sie mit Propaganda weitgehender wirtschaftlicher Forderungen die Arbeiterchaft locken und in Kämpfe hineinzuziehen, die, wie die Erfahrung lehrt, vielfach mit einer Niederlage enden. Als Folge treten dann die Unzufriedenheiten und Verärgertheiten der Gewerkschaften aus und finden den Weg zu den unternehmerrtreuen Verbänden zurück, wodurch die Kampffähigkeit der Arbeiterchaft geschwächt und die Position der Gegner des Sozialismus wesentlich gelockert wird. Einer uneinigen Arbeiterklasse gegenüber wird die Reaktion alles einsetzen für die Wiedereinführung der vornehmlichsten Zustände. Gefahr ist im Verzuge.

Der Sozialdemokratie obliegt die große Aufgabe, diese Gefahr abzuwenden. Erfolgreich wird ihre Arbeit dann sein, wenn sie den Kampf nach Rechts mit aller Schärfe führt, aber ebenso stark gegen Rechts und Unvernunft von Links auftritt. Nur klare, zielbewusste und andauernde Arbeit wird die Verwirklichung der sozialistischen Ziele gewährleisten. Wir stehen erst am Beginn der wirtschaftlichen Revolution; sie erfordert eine allseitige Kampfbereitschaft, um dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Etappe um Etappe muß mit dem Kapitalismus für den Sozialismus gerungen werden. Erlauben wir dabei nicht in der intensiven Parteiarbeit; nur eine starke, innerlich geeinigte Organisation wird Erfolge haben. Aller Mitglieder Pflicht ist es daher, noch mehr als bisher an der Parteiarbeit teil zu nehmen und getreu dem Grundgedanken handeln: Nur dem Nutzen gehört die Welt!

Der Bezirksvorstand.

Der Parteitag erklärt der Regierungsentwurf über die Reform der badiischen Gemeindeordnung als in keiner Weise den berechtigten Erwartungen des Volkes entsprechend und fordert die Landtagsfraktion auf, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Reform in wirklich freiheitlichem und wirtschaftlich fortschrittlichem Sinne durchgeführt wird.

Die Amtszeit der Bürgermeister ist auf 5 Jahre festzusetzen.

Der Parteiverein Büchenbronn stellt den Antrag, für die Gemeinde Büchenbronn sowie für das ganze Land Baden Bürgerrenten in den Gemeinden aufzuheben, wenigstens für Gemeinden, die Umlagen erheben. Unsere Fraktion möge im Landtag bei der Ausarbeitung der neuen Gemeindeordnung darauf hinzuwirken, daß dieser Antrag zur Durchführung kommt.

Die im Entwurf vorgesehenen Paragraphen über den Vermögensgegenstand der Bürgerrenten sind zu streichen.

Für die Reueinführung des Notennetzes und Finanzwesens der Gemeinden ist zu fordern: a) Beteiligung des Reiches und Staates an den Besoldungskosten; b) eine erhöhte Beteiligung des Reiches und des Staates an dem Aufwand für das Schul-, Polizei- und Armenwesen; c) Wegfall der Umlagebeschränkung seitens der Gemeinde; d) eine Mietsteuer ist abzulehnen; e) Wegfall der Möglichkeit zur Besteuerung des steuerfreien Mindesteinkommens bis zum Einkommensbetrage von 15000 M.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung

Vorlage

74. Nachdem durch Einführung des direkten Wahlrechts mit Berücksichtigung der Zusammensetzung der Kreisversammlungen und Kreis-Ausschüsse eine wesentliche andere geworden ist als unter dem früheren Kreiswahlrecht, ist es nicht angängig, daß Kreise nur auf dem Wege der Abstimmung durch die Gemeinden finanziert werden, ist vielmehr in der neuen Kreisverfassung das direkte Steuerrecht der Kreise festzulegen.

Die zu Erörterungen einen breiten unserer Unzufriedenheiten der Parteigenossen. Die sozialistischen Arbeiterchaft fruchtbar zu Reich um den den schließlich Proletentums Reichelnd in elementar wurd demnach. Es liegen ab. Jeder, d Charaktereigenschaften genannten Wirteln, som und Abmad Leben. Jen Genossenschafts Genandtheit lich zwar die des Gewerns Fortanfertigung anferen deu

Deutscher Reichstag

Interpellation über die Kartoffeln

Berlin, 18. Nov.

Am Ministertisch: Die Frage der Kartoffeln, die Minister Dr. Koch und Dr. Hermes.

Das Haus setzt die Besprechung der Interpellation Krönig über die Kartoffellieferungsverträge

Herrn Feldmann (Soz.) macht die Landwirtschaft für die Kartoffelmisere verantwortlich. Die Ernte sei reichlicher gewesen als im Vorjahre, die Anbaufläche sei gestiegen. Aber die Landwirte haben große Mengen Kartoffeln lieber verkaufen lassen, als sie ihrer Lieferungsfrist genügen. Nur die Wiedererfüllung der Zwangswirtschaft kann dem erwerbslosen Zustand ein Ende machen. Auch die in den Verträgen festgesetzten Preise sind nicht eingehalten worden. Das kann nicht mündern, wenn bei den Spiritusbrennern höhere Preise geboten werden. Dazu kommt das Bestreben der Landwirte, ihre Vorräte den Schweinen zu verfüttern. Diesem Bestreben muß ein Ende gemacht werden, hauptsächlich im Interesse der Industriegebiete, wo Unterernährung und Kindersterblichkeit unzählige Opfer gefordert haben.

Herrn Böhm (D. Vp.) befragt, ob die Landwirtschaft Schuld an den Verhältnissen trage. Der Bauer dürfe nicht länger besteuert werden. Herr Stum (Str.) erkennt an, daß wir uns wieder in aufsteigender Linie bewegen. Daß die Anbaufläche wie auch der Ernteertrag gegen das Vorjahr gestiegen, sei ein Beweis, daß die freie Wirtschaft gegenüber der Zwangswirtschaft einen Ertrag beziehe. Der Ertrag sei jedoch noch kein endgültiger. Man müsse ihn ausreizen lassen. Die Reichskartoffelstelle könne aber erst zu einem späteren Termin aufzubrechen werden, denn ohne ihre Organisation könnten die Städte zum Beispiel noch nicht ankommen. Die Hauptschuld an der schlechten Lieferung liege am dem Mangel. Die Organisation der Landwirtschaft sei von Mangel her zu betrachten. Sie habe die Kartoffelverträge freiwirtschaftlich herabgesetzt und lehne jede Verbindung mit Schiedsrichtern ab, erwarde aber andererseits von der Regierung die Unterstützung ihrer berechtigten Wünsche.

Herrn Herr (U.S.) sämtliche Redner und der Interpellant selbst haben zu erkennen gegeben, daß ihnen weniger die Not der Großstädter der Grund zur Interpellation gewesen, als das Bestreben, für die Interpellanten ihres Standes einzutreten. Die Interpellation erfordere nicht die Hauptfrage, nämlich die Kartoffelnot und die Verbilligung der Preise. Den Eisenbahnern die die Kartoffelverbindungen verhindert haben, gebühre der Dank des ganzen deutschen Volkes. Nach dem Vergehen der Regierung waren sie das einzige Mittel, solche Schiedsrichter zu verhindern. In Ostpreußen werde noch heute über die Grenze verschoben. Hier in der Mark werden Kartoffeln in ganzen Wagenladungen nach Holland verfrachtet. Das tue die deutsche Landwirtschaft. (Zuruf: Nein, die holländischen Schieber.) Auch wir würden solche Eingriffe der Eisenbahner nicht, wenn sie den Verbrauchern vom Erzeuger abhätten.

Reichsminister Dr. Gerns verteidigt die Regierung gegen den Vorwurf, als ob die Befreiung des Schiedsrichters nur von ihrem guten Willen abhänge. Daß die Zwangswirtschaft der Kartoffeln nicht aufrechterhalten werden konnte, haben wir alle erlebt. Es handelt sich jetzt nur um Lieferungsverträge. Wenn uns die Landwirtschaftlichen Kreise weiter nicht im Stiche lassen, besteht alle Hoffnung durchzukommen. Die Klagen der Abgeordneten Feldmann und Dr. Herr über mangelnde Organisation beim Transport- und Waarenmangel treffen nicht zu, wie der Redner an Hand statistischer Material nachweist. Mit Braunschweig sind Verhandlungen wegen Aufhebung der Spernregeln eingeleitet, desgleichen mit Göttingen. Zur Bekämpfung des Wuchers und der Grenzverletzungen sind besondere gesetzliche Bestimmungen in Vorbereitung. Die ein rückwärtsloses Einrichten zum Ziel haben. Der Landwirtschaft können wir nicht eine Liebesbotschaft von einer Willkür der Kart für ausländische Dünemittel machen, weil wir dann als Gegenleistung entsprechende Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion verlangen müßten. Dazu ist aber die Landwirtschaft jetzt noch nicht in der Lage. Es bleibt uns nur der Weg, die heimische Düngemittelproduktion zu erhöhen.

Damit schließt die Besprechung. — Nächste Sitzung: Freitag, nachmittags 1 Uhr. — Schluß 18 Uhr.

Badische Politik

Bauernkrieg!

In Urloffen, Amt Offenburg, kam es am Montag, wie wir schon kurz berichteten, zu wüsten Szenen, die der Verbilligung

Sport und Persönlichkeit

Von H. B.

Die Jugendfrage nimmt in den unendlich bewegten Erörterungen über die Zukunft des Sozialismus einen breiten Raum ein. Die Älteren spüren es deutlich: In der Jugend liegt unsere Verheilung aber auch die Möglichkeit unseres Interesses. Doch eines der wichtigsten Kapitel der Jugendfrage bei dem Ausfall der militärischen Erziehung für ein Volk der Sport ist, das wird von keiner Partei, von keiner Klasse bestritten. Ebenfalls, daß die Arbeiterjugend, wie Karl Vogler in der letzten Nummer der „Zeit“ im Anschluß an den Bremer Jugendtag ausführt, „im Sozialismus mehr leben will als nur die wirtschaftliche Befreiung. Wir brauchen andere Menschen um andere Zustände zu bekommen“. Der Sport kann aber gerade in dieser Richtung nur Vorkampfmittel sein, wenn sein Wesen richtig erkannt wird. Da ist es außerordentlich wichtig, die Entwicklung des Sports in den Schichten des Bürgertums zu studieren, anstatt diesen Sport einfach nachzuahmen. Denn die Entwicklung des Sports zu einem kulturellen Element im sozialen Leben hat, lange bevor sich die Arbeiterjugend überhaupt dem Sport zuwandte, bedeutende und fruchtbare Kräfte durchgemacht. Es handelt sich dabei in erster Reihe um das Element des Wettkampfs im Sport mit seinen schließlich unvermeidlichen Folgen der Sportkämpfe, des Trobentums oder des Enobismus. Daß z. B. in Australien und auf Seeleland der Rennsport für die Arbeiter ein Verknüpfungselement wurde, ist bekannt. Der Spieltrieb war schließlich die Hauptursache. Wohlverstanden der Krieg um Spielen um Geld. Es liegen aber andere Möglichkeiten des Spielens im Sport, des Spielens um hohe Charakterwerte.

Jeder, der Sport treibt, trägt in ihn seine persönlichen Charaktereigenschaften, seine sogenannte Bildung und seinen sogenannten Anstand hinein und wirtschaftlich nun mit diesen Mitteln, soweit es ihm die bestehenden sportlichen Vorschriften und Abmachungen erlauben, drauf los, gerade wie sonst im Leben. Jener seine tiefere Respekt vor dem Gegner, jene Persönlichkeit, die da physischen Unterlegenheit, mangelnde Gewandtheit, einen körperlichen Mangel oder ähnliches äußerlich zwar ignoriert, aber beim Spiel, oder Sport zu Gunsten des Gegners stillschweigend in Rechnung stellt, alle diesen ersten Voraussetzungen des Edelmannlichen im besten Sinne, sind in unseren deutschen Sportbetriebe nicht häufig.

dieses Ortes wirklich keinen Ruhm einbringen. Unserem Freiburger Parteiblatt „Volkswacht“ wird über die Vorgänge von einem Augenzeugen noch folgendes berichtet:

Ich hatte am Montag als Zuschauer Gelegenheit, die Arbeit einer Hundertschaft der Bad. Polizei Freiburg in Urloffen zu beobachten. In der Gemeinde Urloffen, die bis jetzt von 500 Doppelzentner Brotgetreide nur 150 abgeliefert hatte, wurde die zwangsweise Entleerung durchgeführt. Ich beneide die Beamten der Bad. Polizei nicht, besonders wenn man ihnen überall so entgegenkommt, wie in Urloffen. Einzelne Momente möchte ich herausgreifen. Ist es möglich, daß es in dem deutschen Boden eine Gemeinde gibt, in der deutsche Beamte von deutschen Volksgenossen mit Bibe la france empfangen werden? Ist es glaublich, daß es Badener gibt, die den französischen Bräutigamskommandanten in Kehl um Hilfe anleihen, damit er sie gegen diese Zwangsentleerung in Schutz nimmt? Ist es möglich, daß deutsche Bürger die Franzosen um Befreiung bitten? Dies alles ist tatsächlich in Urloffen vorgekommen. Diese Tatsachen mögen genügen.

Einige, zum Teil betrunzene, Heher haben die ganze Gemeinde gegen die Polizeibeamten auf die Beine gebracht. In dieser Hinsicht sollen auch einige Gemeindevorstände, selbst der Bürgermeister, tätig gewesen sein. Die Arbeit der Einzelkommissionen der Polizei wurde fast unmöglich gemacht. Taktische Angriffe gab es zahlreich. Es blieb dem Führer der Bad. Polizei nichts anderes übrig, als die ganze Hundertschaft zusammen zu ziehen und die Arbeit geschlossen weiter zu führen. Radmittags 1 Uhr mußte die Straße und der Platz vor dem Rathaus gewaltsam gesäubert werden. Die Gebuldsprobe, auf welche die Beamten gestellt wurden, war hart. Jedoch der rabiatste Bauer, von denen es in Urloffen offenbar sehr viele gibt, brach die Reute nicht aus der Reute. Die Arbeit wurde trotz des größten Widerstandes bis abends 5 Uhr durchgeführt.

Wiederholte wurde mit Seitengewehr und Gummiknüppel vorgegangen. Alle übrigen im Umlauf befindlichen Gerichte sind unwahr.

Einem weiteren und zugegangenen Bericht entnehmen wir, daß die Bauern Getreide in Dungenben und Korbstaben verfrachtet. In dieser Verhüllung der Bauern in Urloffen bemerkt die „Volkswacht“ sehr richtig:

„Es ist wirklich ein Bild der grauenvollen Verwilderung aller Begriffe von Recht und Moral und eine schändliche, hochverräterische Handlungsweise, was sich da in dem gut christlichen Urloffen abgespielt hat. Wir nehmen zur Ehre eines Teils der Urloffer an, daß sie diese Taten ihrer Mitbürger aufschärfte mißbilligen, wie sie es auch als ein Verbrechen am Volke verurteilen werden, daß in ihrem Ort statt 500 Doppelzentner Getreide nur 150 abgeliefert wurden. Es wird aber trotz alledem ein Schandstück der Gemeinde Urloffen bleiben und wir erwarten, daß gegen die Hochverräter und Landfriedensbrücher mit größter Schärfe vorgegangen wird. Wenn solche Verurteilungen des straflosen Eigennutzes nicht unerschütterlich gemacht würden, dann müßte das hungernde Volk bezweifeln und es würde sich dann das Recht in einer Weise suchen, die nicht nur den rabiaten Urloffer, sondern dem ganzen Volk verhängnisvoll werden müßte. Wenn der Bürgermeister und Gemeindevorsteher am Aufbruch beteiligt waren, dann wird die Regierung hoffentlich kurzen Prozeß machen mit diesen Herrschaften. Sie gehören in erster Linie zur Achtung und Gehorsam, sie gehören ins Justizhaus!“

Bezeichnend ist, daß der „Kaiser- und Wählerbote“, ein Zentrumsblatt, es fertig gebracht hat, das Verhalten und Vorgehen der Bauern zu entschuldigen und gegen die Sicherheitswehr und das Ministerium des Innern Stellung zu nehmen. Dem genannten Blatte entnehmen wir auch, daß in der Gemeinde Urloffen am Tage vorher das Karttriffler mit Festprozession gefeiert wurde. Von der Christenpflicht, den Kollektenden und Darlehen zu helfen, wurde bei diesem Feste anscheinend nicht gepredigt!

Eine mißglückte Zentrumsaktion

In stark theatralischer Aufmachung hebt die Zentrumspresse gegen die Wehrzeit des Verwaltungsausschusses des badischen Landtags, weil dieser bei der Beratung des Entwurfs einer

Gemeindeordnung beschloß, die Zusammenfassung der Armenkommissionen durch Satzungen zu regeln, so daß es in Betrieben der Ortsverwaltung steht, den Ortsparroten hineinzuberufen, statt diesen ohne weiteres der Armenkommission aufzutrotzen. Es ist deshalb wertvoll, den Sachverhalt klar zu legen.

Der § 51 des Entwurfs behandelt die Bildung von beschließenden Ausschüssen und im Absatz 4 wird bestimmt, daß für die Geschäfte der Armenpflege ein beschließender Ausschuss vorgesehen ist. Zur Begründung des Absatzes 4 wurde von der Regierung angeführt, daß die Zusammenfassung des Ausschusses durch Satzungen zu regeln ist, so daß die Staatsaufsichtsbeförde in den kleineren Gemeinden auf angemessene Zusammenfassung hinwirken kann. Damit steht jeder Gemeindeverwaltung das Recht zu, den Ortsparroten nach wie vor in der Armenpflege-Ausschuss zu berufen und es wird in Baden wohl keine Gemeindeverwaltung geben, die auf diesem Gebiete der Beständen von der Mitarbeit ausschließt. Daraus ist ersichtlich, daß die ganze Aufmachung nichts als eine politische Fälschung ist und wenn im Landtagsauschuss bei dieser Position der deutschen nationale Vertreter nicht angefragt hätte, wie es künftig mit den Ortsparroten steht, so hätte vom Zentrum kein Mensch daran gedacht, daß der § 51 Abs. 4 ein so großes Verbrechen enthält, wie es die Zentrumspresse jetzt hinguffeln versucht. Erst auf die deutsch-nationale Anfrage hin hat das Zentrum den Antrag gestellt, daß die Bestimmung der jetzigen Gemeindeordnung, wonach der Ortsparroten als besonders angeführtes Mitglied der Armenkommission zu betrachten ist, in den Entwurf aufgenommen wird. Von demokratischer Seite wurde dann beantragt, daß neben dem Ortsparroten, der Bezirksarzt und ein Vertreter der Polizei als Mitglieder des Armenauschusses aufgenommen ist. Die sozialdemokratischen Vertreter wandten sich gegen beide Anträge, weil sie es für selbstverständlich halten, daß die Gemeindeverwaltungen diese Kreise beidseitig wählen werden.

Auffallend ist bei diesem Vorgang, daß die Zentrumsminister der badischen Regierung bisher so still über diese Frage waren. Der Entwurf der Gemeindeordnung ist auch unter ihrer Mitwirkung zu Stande gebracht worden, da er nicht das Wert eines sozialdemokratischen Ministers ist, sondern das gesamte Staatsministerium hat die Verantwortung. Seit März ds. J. ist der Entwurf der Öffentlichkeit übergeben worden, neben der übrigen Presse hat auch die Zentrums-Presse zu demselben Stellung genommen, ohne daß bisher von dieser Seite ein Wort gefallen ist, wonach der Entwurf derartige Tendenzen enthält, wie es jetzt von der Badischen Presse geschieht.

Es zeigt sich deshalb ganz klar, daß die Presse nur ein parteipolitisch-demagogisches Spiel ist.

Ein günstiges Urteil über die Hagenhiesch-Erdung

Die „Badische Landeszeitung“ verteidigt den Abg. Professor Dr. Gotthein-Heidelberg gegenüber den sehr weit gehenden Angriffen des Professors Dr. Zimmer-Freiburg. Dabei wird hinsichtlich des Hagenhiesch-Unternehmens folgendes günstige Urteil abgegeben:

Das Gutachten Scharrerberger entspricht durchaus nicht den Ausführungen des Herrn Prof. Zimmer. Scharrerberger kommt vielmehr zu dem Resultat: „Im allgemeinen sind die Verhältnisse, auf dem in Aussicht genommenen Gebiete als günstig für die Landwirtschaft zu bezeichnen, soweit Absicht in größerer Deutlichkeit vorhanden ist, als jetzt der Fall ist. Der zur Landwirtschaft geeignete Boden erstreckt sich demnach nicht nur auf den erwähnten etwa 300 Meter breiten Streifen des Bodens, wie Prof. Zimmer infolge ungenügender Anfertigung annimmt. Auch nach dem oben erwähnten Streifen verdient die Bodenbeschaffenheit in ihren geringen Teilen noch die Bezeichnung „günstig“. Die Anbauverhältnisse haben auch schon eine genügende Gewähr für die Güte des Bodens gegeben. Es wird demnach wohl auch nicht, wie Prof. Zimmer meint, wieder mit der Wiederherstellung der abgeholzten Waldflächen des Hagenhiesches zu rechnen sein, vielmehr sollte in E. darauf gesehen werden, nachdem die Vorarbeiten zu Ende geführt sind, das Gelände, sei es durch Verpachtung oder durch Verkauf, der Landwirtschaft zuzuführen.“

Damit bricht ein großer Teil der Angriffe gegen Hagenhiesch zusammen, wenn auch nicht die persönlichen Verfehlungen dadurch entlastet sind. Wo jedoch die Urheber dieser persönlichen Verfehlungen sind, darüber unterrichten unsere menschlichen Entwürfungen, die bei den Deutschen und bei der Deutschen Volkspartei schmerzhafteste Empfindungen erregen.

feineren Formen heutzutage überall. Man ist der Arbeitsehe entflohen, man hat allen Ehrgeiz einmal an den Nagel gehängt, um wieder draußen beim Sport ganz Mensch zu sein. Aber auf dem Sportplatz steht schon der Durst mit seiner Peitsche, der Ehrgeiz, mit seiner Keule, der Stille, sie eifern und heizen und köhnen: Was der kann, das kommt zu auch, und wie die dummen Vögel alle heißen. Und fast alle fallen auf diesen Antimietrad herein und kehren häufiger verärgert und ermattet als errettet und erfrischt nach Hause zurück.

Was alsdann folgt, das aus dem Sport wirkliche Kurzwesen nur dann zu haben sind, wenn alles Sportliche sich auf seiner letzten Verdrängung des ausschließlichen Wettkampfes in der Richtung des Spiels entwickelt. Die Anstrengung, die unter dem Druck des Ehrgeizes unermesslich ist, muß einer unerbittlichen Harmlosigkeit und einem friedlichen Gebenlassen weichen, wo die Dinge nicht so bedenklich forciert und so tragisch genommen werden. Die anbruchsvolle Dame Stille muß von den Sport- und Spielplätzen wegsagt werden, und das Leben, das gesunde herzerquickende Leben, soll wieder in die Luft steigen. Dann wird der Sport eine Lust werden, nicht eine Last, wie er jetzt so häufig ist.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Galerie Moos.

Hier in ihrer Weltanschauung verschiedene Künstler haben sich in der Galerie Moos zu einer Sonderausstellung (6.—20. Nov.) zusammengefunden. Schon die äußere Aufmachung dieser Ausstellung verrät viel Geschmack, denn die Werke sind trotz der Fülle so angebracht, daß sie den Beschauer von Anfang bis zu Ende zu interessieren vermögen. Die Gemälde von Willi Geyer zeigen eine starke Persönlichkeit von großer Kühnheit in der Farbgebung. Sein hohes ästhetisches Empfinden läßt ihn trotz großer Farbigkeit niemals dünn werden. Ihm ist alles gleich interessant, — seine Landschaften, Figurenüber der Blumen sind von der gleichen Inbrunst und Glut erfüllt. Willi Geyer hat sich zweifellos mit den großen französischen Malern (Cezanne, Renoir u. a.) auseinandergesetzt, ohne seine starke Eigenart einzubüßen. Um nur einiges aus der Fülle des Gebotenen herauszugreifen, sei die geradezu dramatisch wirkende „Hühnerlandchaft“ genannt. Er hat sich nicht etwa damit begnügt, Wasser zu malen, sondern taucht mit einer eminenten Breite tiefe Stimmungsbilder. Der ganz-innerliche „Frühlingsabend“, „Schäferin“, „Sommerjalousie“ oder der schmerzliche „Herbsttag“ sind Werke von seltener Größe des Aus-

Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung des Badischen Landtags begann mit der Spezialberatung des Fürsorgegesetzes für Gemeinde- u. Körperschaftsbeamte. Zu § 1 wurde von sozialdemokratischer und demokratischer Seite ein gemeinsamer Antrag gestellt, der besagt: Die übrigen Gemeinden können mit Zustimmung des Verwaltungsrats der Fürsorgekasse und Genehmigung des Ministeriums des Innern jederzeit dieser Anstalt zu den jeweils zu vereinbarenden Bedingungen mit ihren Beamten beitreten. Der Antrag wurde abgelehnt. Der § 1 wurde nach einigen redaktionellen Änderungen angenommen. Zu § 2 Abs. 1 wurde von dem Berichterstatter folgender Änderungsantrag gestellt: Der Versicherungspflicht unterliegen 1. Beamte und Bedienstete von Gemeinden, von weltlichen Ortsparochien und von mit Gemeindebürgerschaft versehenen Sparcassen; 2. Angestellte von Orts- und Innungsparochien; 3. die Bürgermeister der großen Gemeinden (§ 8 G.O.) und der Amtshäupter mit mehr als 3000 Einwohnern. Die unter 1 und 2 genannten Personen müssen hauptberuflich tätig sein und mindestens 1000 M. anrechnungsfähiges Jahreseinkommen (§ 15) beziehen. Von sozialdemokratischer Seite wurde zu Satz 1 des Antrages der Zusatzantrag gestellt, daß der Versicherungspflicht „ohne Rücksicht auf das Geschlecht“ unterliegen. Der Antrag mit dem Zusatz wurde angenommen. Der Abs. 3 wurde dahin abgeändert, daß die Mitgliedschaft mit dem Tode der Beitragspflicht beginnt. Nach einigen redaktionellen Änderungen wurde der § 2 angenommen.

Demokratische kurze Anfragen. Hr. Dr. Glöckner (Dem.) hat im Landtag die beiden folgenden kurzen Anfragen eingebracht: 1. § 88 der Badischen Verfassung bestimmt, daß das Sonderrecht der bestehenden Familien und Stammgüter mit Einschluß der Fideikommiss des bormaligen großherz. Hauses und des Hausbesitzers der landbesitzenden Familie aufgehoben ist, und daß das Nähere durch Gesetz geregelt wird. Wann gedenkt die Regierung dem Landtag endlich das zur Regelung dieser Verhältnisse notwendige Gesetz vorzulegen? — 2. Das Gesetz vom 15. April 1919 über den Verleß der Gesundheit tritt mit dem 31. Dezember d. J. außer Kraft. Die Regierung soll aber, wie man hört, beabsichtigen, dem Landtag die Verlängerung der Geltungsdauer dieses Gesetzes vorzuschlagen. Wann gedenkt die Regierung dem Landtag eine Vorlage hierüber zu machen, und wird diese Vorlage insbesondere so früh erfolgen, daß die nötige Zeit für die gründliche Durchberatung dieses Gesetzes zur Verfügung steht.

Aus der Partei Agitationsbezirk Karlsruhe

- Durmersheim: 20. Nov., 1/2 8 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Referent: Gen. Erb-Karlsruhe.
Saggenau: 20. Nov., 8 Uhr, im „Kaffee „Robrenköpfe“. Thema: „Sozialisierung des Heilmens“. Referent: Gen. Dr. Kuhn-Karlsruhe.
Spöck: 20. Nov., 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Thema: „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratischen Partei“. Referent: Gen. Trinks.
Schauern: 20. Nov., 8 Uhr, Thema: „Die Reichsverfassung“. Referent: Gen. Eisele-Karlsruhe.
Verhaußen: 20. Nov., 8 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Erfurter Programm“. Referent: Gen. Kadner-Karlsruhe.
Gröningen: 21. Nov., 1 Uhr, im Rathaus. 1. Vortrag über: „Das Parteiprogramm“. Ref.: Gen. Fißler-Karlsruhe.
Bühl: 21. Nov., 1/2 8 Uhr, im „Bären“. Thema: „Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Sozialdemokratischen Partei“. Referent: Gen. Trinks.
Vellmich: 21. Nov., 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Thema: „Gemeindepolitik“. Referent: Gen. Weichmann-Karlsruhe.
Einkenheim: 22. Nov., 1/2 8 Uhr, im „Lamm“. Thema: „Ursprung der Familie“. Referent: Gen. Verisch-Göllingen.
Ost-Schauern: 23. Nov., 7 Uhr, im „Meierhof“. Thema: „Lafalles Leben und Wirken“. Referent: Gen. Trinks.
Selbelsheim: 24. Nov., 8 Uhr, im „Bad Hof“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Ref.: Gen. Ederl-Borsheim.
Selbach (Kuratal), 24. Nov., 8 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Referent: Gen. Gek-Karlsruhe.
Ostringen: 25. Nov., 8 Uhr, 2. Vortrag über „Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie“. Referent: Gen. Rothbach-Karlsruhe.
Jordheim: 25. Nov., 1/2 8 Uhr, 2. Vortrag über: „Das Parteiprogramm“. Referent: Gen. Weichmann-Karlsruhe.
Glemdingen: 25. Nov., 1/2 8 Uhr, 2. Vortrag über: „Das Parteiprogramm“. Referent: Gen. Fißler-Karlsruhe.
Oberrot: 27. Nov., 8 Uhr, in der „Blume“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Referent: Gen. Haebler-Vielbolsheim.
Stantenloch: 27. Nov., 8 Uhr, im „Schwanen“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Ref.: Gen. Schönn-Karlsruhe.
Otterdorf: 27. Nov., 8 Uhr, im „Grünen Baum“. Thema: „Der Bauernkrieg“. Referent: Gen. Stenz-Karlsruhe.
Althadt: 27. Nov., 1/2 8 Uhr, im „Bären“. Thema: „Gemeindepolitik“. Referent: Gen. Weichmann-Karlsruhe.
Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, für guten Besuch der Versammlungen zu quittieren.
Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Spöck, 18. Nov. (Sozialdem. Verein) Samstag, 20. November, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ unter erster Winter-Vortrag statt über „Ziele der Sozialdemokratie“. Referent: Genosse Trinks.
drucks. Einem oft beinahe überschäumenden Temperamente dürfte der Künstler noch Herr werden. Egler's Graphit wurde an dieser Stelle schon des öfteren gewürdigt. Blätter wie „Liebespaar“, „Kird“, am Redar“, „Schwäbischer Bauernhof“ sind graphische Leistungen erster Güte. — Carl Egler, ein jüngerer Bruder des Malers, tritt zum ersten Male mit einer Reihe Original-Terrakotten an die Öffentlichkeit. Größe und Schönheit spricht aus seinen Werken. Seine Portraits gehen weit über das Gewöhnliche hinaus. Er hat das Darstellende geistig verarbeitet, ehe er zum spröden Ton griff. Seine „Materie“, eine Mutter mit Kind, ergreifend, trotz mancher Unausgeglichenheit. „Resignation“, „Verluste“ oder „Arbeiterhof“ sind aus tiefstem Gefühl geborene Schöpfungen, die uns zeigen, daß der junge Künstler bei erstem Schaffen seinen eigenen Weg finden dürfte. — Karl Hubbsch führt uns mit seiner bunten Fülle von Zeichnungen in die Kleinwelt der Idylle und des bürgerlichen Lebens. Jede Erscheinungsform regt ihn zum Gestalten an. Seine künstlerische Phantasie ist unergründlich. Subtil sind seine oft die Karikatur streifenden Bildniszeichnungen. Manche Gewaltigkeiten in der Darstellungsweise können nicht übersehen werden. Knapp und hart gegeben sind seine Zeichnungen aus dem Felde, wie „Hondsdutaren“, „Abend am Bardar“. — Ernst Precht zeigt Holzschneide und Zeichnungen von edler sicherer Technik. Die Schäfte wirken schlicht und einfach, doch schwer zu merkenden Material des Holzes entsprechend. Einige seiner Zeichnungen betonen viel Raumgefühl. Insbesondere erwähnenswert sind Holzschneide wie „Weg mit Steinbrud“, „Dorf mit Tannen“ oder die Holzzeichnung „Junges Mädchen“.

zähliges Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht, auch Volkshausfreunde sind willkommen.

Aus dem Lande

Freibelsheim bei Bruchsal, 17. Nov. Wie wir gemeldet haben, ist die Leiche der Tochter des Maurers Friedrich Horn aus Heibelsheim gelandet worden. Bisher nahm man an, daß ein Selbstmord vorliege, konnte aber keine Motive dafür finden. Jetzt teilt das „Breitener Tagblatt“ mit, daß man vermutet, ein junger Burche, mit dem das Mädchen ein Verhältnis unterhalten habe, habe die Unzulichte in das Wasser gestoen. Der der Tat Beschuldigte wurde verhaftet und in das Amtsgefängnis nach Bruchsal gebracht.

Willingen, 17. Nov. Wie das „Willingener Volksblatt“ berichtet, hat infolge der Wohnungsnot eine von auswärtig zugewogene Arbeiterfamilie mit Unterstützung des Schwarzwälder Messingwerkes zwei Eisenbahnwagen von der Generaldirektion der Eisenbahn gemietet und sich häuslich darin niedergelassen. Jetzt, nachdem die Kältezeit begonnen hat, sind die beiden Eisenbahnwagen mit der Dampfheizung der Fabrik verbunden worden.

Freiburg i. Br., 13. Nov. Es bei der Gedenkfeyer für die hier befallenen Krieger am Tage von Allerheiligen von höheren Offizieren gehaltenen Ansprachen hatten in einem Teile der Presse lebhafteste Beanstandungen erregt. Wie das „Freiburger Tagblatt“ berichtet, hat der Stadtrat dem Vorstand der hiesigen Militärvereine mitgeteilt, daß er hinsichtlich zu seinem Bedauern nicht mehr in der Lage sei, sich an der Gedenkfeyer zu beteiligen, wenn nicht dafür gesorgt würde, daß in den Gedächtnisreden Ausführungen vermieden werden, die geeignet sind, weite Kreise unseres Volkes zu verletzen. (Es ist wirklich ein Skandal, daß diese nationalfeindlichen Panathere wie der Professor König in Karlsruhe und diese Offiziere in Freiburg nicht einmal soviel Facht und Empfinden aufbringen, um wenigstens auf den Friedhöfen für vollverwundenes Trübten einzustehen. Schon ihr eigenes schuldvolles Benehmen sollte ihnen verziehen, jema's wieder einen Soldatenfriedhof zu besuchen. Aber ihr Konarismus erdrukt jedes menschliche Gefühl und jede Regung des Gewissens. Die Red.)

Lebrach, 17. Nov. Immer wieder auftretende Gerüchte über den beabsichtigten Verkauf des Badischen Hofhofs in Pöfel haben den Gemeinderat Lebrach veranlaßt, bei der Bad. Regierung gegen eine etwa bestehende Verkaufsbahst zu protestieren.

Zauberschießheim, 17. Nov. Am Dienstag früh ist die Autolinie von Zauberschießheim nach Würzburg eröffnet worden. Der Wagen, der eine Stundensehne für etwa 20 Personen hat, geht morgens 8 Uhr in Zauberschießheim ab und kehrt abends hierher zurück. Dieser Anwohner wird als durchaus unzureichend befunden.

Wannheim, 15. Nov. Am Sonntag führte beim Abblenden von Kältern von einem Banen der Fuhrmann Georg Wild perat unglücklich das er noch wenigen Minuten forst.

W. W. Mannheim, 15. Nov. Veranlaßt durch um 1 Uhr nach in der Kirche des Klosters W. W. h. h. Feuer aus. Die Klosterkirche wurde vollständig eingestürzt. Der Brand griff auf das ansehnliche Klostergebäude über und vernichtete die wertvolle Bibliothek. Die W. W. h. h. sind verhaftet geblieben. Als Brandursache wird Kurzschluß angesehen. In dem Prozeß wird noch ermittelt, daß das ganze Innere der Kirche mit sämtlichen Altären vernichtet wurde. Auch ein Ketz mit dem Allerheiligsten ist dem Brande zum Opfer gefallen.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 19. November.

Karlsruher Parteinaechrichten

Heute abend keine Frauenversammlung

Wie schon gestern berichtet, muß die Frauenversammlung heute abend umhändelbarer ausfallen, worauf wir die Genossinnen und Genossen nochmals aufmerksam machen.

Die Anträge zum badischen Parteitag

sind in unserer heutigen Ausgabe veröffentlicht. Wir erlauben unsere Genossen und Genossinnen, dieselben nicht nur aufmerksam durchzulesen, sondern auch aufzubewahren, um sie bei der Vertretung über den Parteitag durch die Presse gleich zur Hand zu haben.

Der Schreibtisch des verstorbenen Ministers v. Marschall

Ein Parteigenosse schreibt uns: Der jetzt erfolgte Tod des früheren badischen Eisenbahnministers Herr v. Marschall ruft mit einer parlamentarischen Episode in Erinnerung, die seinerzeit in sozialdemokratischen Kreisen viel besprochen und — belacht wurde. Es handelte sich um den Fall Schänfeler und die Besprechung der diesbezüglichen im badischen Landtag eingereichten Interpellation. Gen. Schänfeler sollte beauftragt in der Eisenbahn-Hauptverwaltung entlassen werden weil er bei den im Jahre 1908 stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen als sozialdemokratisches Bürgerauswahlmittglied gewählt worden war. Das rief natürlich die karlsruher Sozialdemokraten auf den Plan, weil es sich um die prinzipielle Frage handelte, ob ein Staatsarbeiter sich öffentlich für Sozialdemokratie bekennen dürfe. Die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation hatte im Landtag unter verstorbenen Gen. Kolb zugehört und auf der Ministerbank saß Adolf Trüb, v. Marschall überhört. Der seit 1906 als badischer Eisenbahnminister fungierte. Er war rednerisch und rhetorisch dem Gen. Kolb in keiner Weise gewachsen, und so wußte man schon bei Beginn der vollen Sitzung, daß er schwer unter die Räder kommen würde, denn der Standpunkt der Generaldirektion, den Marschall zu verantworten hatte, war rechtlich und politisch unter keinen Umständen haltbar.

Mit der vollen Wucht seines Temperaments setzte Kolb ein und zog scharf dem Leber. Unruhig rückte Marschall auf seinem Sessel her und hin, erhob sich endlich und verlor eine Erklärung, die nicht gekamen und gestochen war, wodurch Kolb erst recht in die Rolle geriet.

Dann setzte die schon erwähnte Episode ein. Marschall hatte seiner Erklärung noch hinzugefügt, seine Familie sei immer sehr buldiam in staatsbürgerlichem Sinne gewesen. Er habe von seinem Großvater dem Schreiditsch geerbt, auf dem dieser die (1818) gegebene Verfassung niedergeschrieben; sein Großvater habe stets im liberalen Sinne seine staatsbürgerlichen Funktionen versehen, und deswegen denke er, Marschall, nicht daran, die Hauptverhältnisse ihrer Kommunalpolitischen Rechte zu herabsetzen.

Diese Unschicklichkeit Marschalls, die durch das Verbot an Schänfeler, sein Bürgerauswahlmittel auszuüben, ein für Marschall unangenehmes Doppelaspekt bekam, veranlaßte Kolb, den Minister persönlich aufs Korn zu nehmen. Unter großer Spannung des Hauses gekeltete er das verspätete Verhalten Marschalls und sagte ihm schließlich wie folgt an: „Hätten sie doch anstatt den Schreibtisch den Geist Ihres Großvaters geerbt, dann wäre Ihrem jetzigen Amte besser gedient!“

Stürmische Heiterkeit des ganzen Hauses, die bis nachhallig wirkte, daß auch die Herren am Regierungstisch davon angefaßt wurden. v. Marschall wurde puterrot und zog sich noch mehr zusammen, als er das sonst zu tun pflegte. In den Presseberichten und in jomischen Diskussionen über diese Parlamentsführung wurde das Kolb'sche Bonmot besonders betont und er hatte die Lächer auf seiner Seite. Marschall war froh, daß er bald darauf die unbankbare Rolle eines badischen Eisenbahn-

ministers in die Hände eines mehr schlagfertigen und selbständigeren Nachfolgers legen konnte.

Die W. W. h. h. aber und der Karlsruher Karneval hemdachten sich des Parlementsweiges von dem Minister, der zwar den Schreibtisch, nicht aber den liberalen Geist seines Großvaters geerbt hatte, und so lebte der Name Marschall in der Öffentlichkeit länger fort, als es seinem Träger velleicht lieb war.

Delegierten-Versammlung des Gewerkschaftskartells

Die gestern Donnerstag abend stattgefundene Kartellversammlung (Fortsetzung der Versammlung vom 11. Nov.) wies einen guten Besuch auf. Unter Punkt Mitteilungen der Delegierten der Vorliegende Koll. Hof u. a. über den geplanten Textilwarenverkauf. Bei dieser Gelegenheit wurde lebhaft über die neu zu machende Vorhanden sind, anderweitig abgelehnt werden. — Um zur Gründung einer Ortsgruppe des Kartells Samariterbundes die nötigen Vorarbeiten zu leisten, wurde eine Kommission von 3 Mitgliedern gewählt. — Kollege Krebs berichtete über eine Sitzung, die wegen der Umgestaltung der Kartellzentrale stattfand, wonach die Städte Karlsruhe und Pöfel, sowie der Mittelbadische Bauernverband in Zukunft die Genossenschaft bilden sollen. Auch wollen die W. W. h. h. als Genossenschaftler eintreten. Die Vertretung des Kartells wird ausfallen oder wenn dieselben aufgenommen werden, daß sich das Kartell ebenfalls daran beteiligen. — Kollege Bauer gab einen Bericht von einer Konferenz in Frankfurt a. M., die sich mit der Vertretung von Kurien für W. W. h. h. befaßte. Die Vertretung der Kurien wurde durch die Kartellmitglieder beauftragt. Der Berichterstatter führte bezeichnend Worte an, daß die Vertretung der Kurien die Vertretung der Kartellmitglieder nicht genügt gebildet (1) seien. Gegen diese unerhörte Zurücksetzung mußte entschieden Protest gemacht werden. Ein Antrag wurde einstimmig angenommen, wonach das Kartell zu einem Kurie geeignete W. W. h. h. aus dem Kartellverbande fernzuhalten und mit aller Kraft dafür einzutreten wird, daß diese Teilnehmerinnen nach Aufhebung des Kartells in geeignete Stellen unterbracht werden. — Kollege Dillhfer berichtete über die Unterfertigung der Gewerkschaften zur Durchführung ihres Tarifes. In der Debatte darüber wurde auch Marschall, daß in der Kartellstelle bei Verhandlungen kein Bier, sondern nur Wein konsumiert wird. Die Kartellleitung wurde beauftragt, die nötigen Schritte zur Bekämpfung dieses Mißstandes zu unternehmen.

Der zweite Punkt betraf die Wahl eines Gewerkschaftssekretärs. Nach längerer Debatte wurde Kollege Hof mit der Stelle betraut.

Anstelle des vorgezeichneten Punktes „Wohnungsfrage“ wurden die Verhältnisse der reaktionären Kreise auf Einzelne eines Punktes besprochen und soll eine Vertretung der Kartellmitglieder am Montag nach dem Kartellabend. Die Reaktionen können verschieden sein, daß die Karlsruher Arbeiterchaft auf dem Posten ist, sie wird eventuellen Aufschlüssen entgegen zu begegnen wissen.

Eine Bärenschießung fand am 30. November nachmittags 4 Uhr statt. Die Kartellordnung umfaßt a. a. Aenderungen des Tarifes der städtischen Straßenbahnen. Kredit zur Einrichtung von Wohnhäusern und von neuer Wohnhäusern, Erhebung von Gebühren beim Brennstoffamt, Aenderung der Bestattungsordnung.

Ein ehrenvoller Ruf nach Südamerika erhielt Herr Hugo Rudolph, derzeitiger Direktor des auch in Arbeitstreffen bestens bekannten und beliebten Harmonie-Orchesters. Herr Rudolph wurde nämlich von einem der größten internationalen Konzertbüros herüber, zunächst ein für ein bierteljähriges Verne durch Südamerika nach Art der deutschen Militärkapellen aufgenommenes Orchester in Stärke von 60 Musikern zu dirigieren. Von dem Büro wurde nach einer geeigneten Kraft gesucht und zu diesem Zweck zwei Anpreisungen nach Deutschland geschickt, um die Musikkapellen zu besprechen. Das Ergebnis war, daß die Wahl auf Herrn Rudolph fiel. Zunächst bestanden die zwei Kontranten der „Harmonie“ das überaus ehrende Zeugnis aus, daß in Deutschland kein Orchester sei, bei der ein solch guter Geist herrsche, wie beim Harmonie-Orchester. Die Bedingungen sind für Herrn Rudolph äußerst günstig. Die gesamten Sefen für diese Tournee sind in Amerika durch große Sammlungen aufgebracht worden. Für den Ort der Zusammenkunft in Frankfurt a. M. in Aussicht genommen. — Wie man hört, ist Herr Rudolph nicht abgeneigt, den ehrenvollen Ruf anzunehmen. Sein Wegwag würde nicht nur für die Harmonie, die sich zu einem der bedeutendsten höchsten Orchester emporgeschoben hat, einen schweren Verlust bedeuten, sondern er würde auch vom musikalischen Publikum bedauert werden.

Bei der gestrigen Handelskammerwahl wurde noch am letzten Tage vor der Wahl, wie aus dem Interimistat unserer gestrigen Ausgabe hervorgeht, dem offiziellen Wahlbericht trotz vorheriger Abmachung ein solcher des Einzelhandels und dementsprechend redigierter Artikel entgegengebracht mit dem Ergebnis, daß letztere Liste siegte. Herr Stadtrat Rißch, der langjährige Vertreter, ist somit unterlegen, an seine Stelle wurde Herr Kogler-Landier Kiefer gewählt.

Am den Entlassungsantrag. Die am Sonntag, den 14. November, im Colosseum stattgefundene öffentliche Versammlung der Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer, die vor dem 8. Nov. 1918 ohne Antrag entlassen, war für die Besuche. Der Vorliegende des Bezirks Karlsruhe, Kamerad Pretzel, erläuterte in einem kurzen Referat die Gründe und den Zweck des Zusammenstufes. Es betonte, daß die Kriegsteilnehmer, die am 8. November 1918 und später zur Entlassung kamen, Anspruch haben auf einen Anzug, Mantel, Stiefel und Entlassungsgeld und zwar ohne Unterschied der Kriegsdienstzeit. Demgemäß müsse auf denjenigen Kameraden, die während des Krieges durch Kellamtion oder sonstigen Unlach entlassen wurden, das gleiche Recht zugestanden werden. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten und eine große Anzahl Kameraden erklärten ihren Beitritt zur Organisation.

(.) Rheinische Creditbank, Mannheim. Die Geschäfte der seit dem Jahre 1868 bestehenden Bankfirma Heinrich Müller, Karlsruhe, gehen mit Ablauf dieses Jahres auf die Rheinische Creditbank Aktiengesellschaft Karlsruhe über. Der Inhaber der Firma, Herr August Sedl, bleibt auch weiterhin und zwar in der Stellung eines lokalen Beirates der Aktiengesellschaft, an der Führung der Geschäfte beteiligt.

Zum Synodus des Kartells schändlicher Danwetter in Karlsruhe und Umgebung wurde Herr Schriftsteller Franz G. u. e. r, bisher Geschäftsführer der „Augsburger Neuesten Nachrichten“ und der „Leinziger Zeitung“.

Gedenkfeyer-Entschluß. Der Karlsruher Fußballverein wird am Sonntag, den 21. Nov. d. J., vormittags 11 1/2 Uhr auf seinem Sportplatz einen Denkstein für seine im Kriege gefallenen Mitglieder einweihen.

Willy Burmeister. Selge Lindberg mußte infolge schwerer Erkrankung abgehen. Der Konzertdirektion derselben ist es gelungen, ein durchaus vollwertigen Ersatz zu schaffen. Sein geringerer als Willy Burmeister, vielmehr der bedeutendste aller lebenden Geigenvirtuosen, wird nun im Dritten Meisterkonzert spielen und zwar Dienstag, 23. Nov., abends 1/2 8 Uhr im Konzertsaal. Alle für das Lindberg-Konzert geistigen Eintrittskartieren haben für den Burmeister-Abend Gültigkeit.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Baden-Württemberg, Karlsruhe, 19. November 1920. (The right margin contains various small notices and advertisements, including mentions of 'Sozialdemokratische Partei Deutschlands', 'Karlsruhe', and '19. November 1920'. It also includes some names like 'Willy Burmeister' and 'Lindberg'.)

Sozialdem. Verein. — Bezirk Dillstadt. Die Genossen und Genossinnen waren am Mittwoch abend zu einer Versammlung im Saal des „Georg Friedric“ geladen, der aber im Verhältnis zur Zahl der Parteimitglieder, die in der Dillstadt wohnen, nur wenige Teilnehmer war. Der Vorsitz wurde von dem Genossen W. Müller übernommen, der auch die Verhandlungen leitete. Die Besprechung wurde durch den Vortrag des Genossen W. Müller über die Lage der Partei in der Dillstadt eingeleitet. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und wurde die Wichtigkeit der Sache hervorgehoben. Die Besprechung wurde durch den Vortrag des Genossen W. Müller über die Lage der Partei in der Dillstadt eingeleitet. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und wurde die Wichtigkeit der Sache hervorgehoben.

Der Bezirk Dillstadt des Sozialdem. Vereins hielt am Mittwoch seine Bezirksversammlung ab, die die üblichen Angelegenheiten der Partei in der Dillstadt betrafte. Die Besprechung wurde durch den Vortrag des Genossen W. Müller über die Lage der Partei in der Dillstadt eingeleitet. Der Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit angehört und wurde die Wichtigkeit der Sache hervorgehoben.

Ein überaus „lebenwüthiger“ Hausbesitzer scheint Herr Gustav B. in der Hauptstraße 72 zu sein. Er erwirkt kein Mietvertragsamt, das ein Mieter auf 1. Oktober auszusuchen habe. Aber das Gericht wollte, daß der betreffende Mieter keine Wohnung kündigen und eben selbstverständlich in der Wohnung verbleiben solle. Nun wurde der Mieter mit einer Mietserhöhung bestraft, die derselbe zurückwies mit dem Bemerkens, daß er sich nur den Anordnungen des Mietvertragsamtes füge, diese seien für ihn maßgebend. Anscheinend beruhigte sich der Hausbesitzer, aber es war nur die Ruhe vor dem Sturm, denn am 15. November, zwischen 7 und 8 Uhr morgens ging Herr B. zum Angriff über, wählte sich die Schlaf-, Wohnzimmer- und Küchen-

tür zum Angriffspunkt, hängte dieselben aus und verstreute sie unter das Heu. Als ihm der herbeigerufene Schutzmann seine strafbare Handlungsweise — es liegt ein glatter Hausfriedensbruch vor — aufmerksam machte, sagte sich Herr B. nicht viel darum, sondern sagte: „Könte es was es will, ich bin Herr im Haus.“ Und er trat nach dreimaligem Auffordern hat er die Türen wieder eingeworfen. Offenbar erfährt dieser rigorose, brutale Hauspöbel eine solche exemplarische Strafe, daß er die Türen nun in Ruhe läßt und von seiner Drohung, daß wenn sie nach ein paar Tagen nicht offen sind, es sie mit der Axt einschlagen werde, keinen Gebrauch macht.

Letzte Nachrichten

Der letzte deutsche Luftkrieg

Einer Blättermeldung aus Königsberg zufolge, wird morgen der letzte deutsche Luftkrieg „L. 3. 120“ vom Luftschiffhafen Seezappen bei Königsberg nach Stolp in Pommeren übergeführt werden, wo er seinen Garbort erntet, um dann nach Italien ausgeliefert zu werden.

Aufrucht in Prag

Prag, 18. Nov. Prag befindet sich in der Hand der Aufrechter; die Regierung ist machtlos. Die Berichte von den Plünderungen, die von den Tschechen bei Deutschen und Juden vorgenommen werden, lassen den ganzen Ernst der Lage erkennen.

Prag, 18. Nov. („Post. Stg.“) Die Ausschreitungen in Prag, die anfänglich als Vergeltungsmaßnahmen gegen die Exzesse in Eger dargestellt wurden, haben einen Charakter angenommen, der zur Vermutung geführt hat, daß es sich in Wirklichkeit um einen Putsch gegen Masarik und Beneš handele. Die ersten Nachtstunden sind in Prag ruhig verlaufen.

Anfrage der Bergarbeiter an den Reichskanzler

Berlin, 18. Nov. Der Gesamtvorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands richtete im „Vorwärts“ einen offenen Brief an den Reichskanzler, in dem er darauf hinweist, daß die Bergarbeitergewerkschaften aller Richtungen sich in Verhandlungen und auf Generalversammlungen ihrer Organisationen einmütig für die Sozialisierung des Bergbaues entschieden hätten. Gleichzeitig wurde der Reichskanzler gebeten, den Bergarbeitern mitzuteilen, welche Stellung das Reichsministerium zur Bergbauorganisation einnehme. Die Bergarbeiter müßten wissen, was sie von der Reichsregierung zu erwarten hätten. Die Forderung des Reichsrates zu der von ihnen geforderten Sozialisierung des Bergbaues sei eine Sache für sich, mit der man sich zu gegebener Zeit zu beschäftigen haben werde. Je länger die Angelegenheit, umso schmerzlicher würden die Folgen sein.

Griechenland am Vorabend blutiger Ereignisse?

Paris, 18. Nov. Havas erzählt, daß in Athen Araber ausgebrochen seien und daß man zweifelt, ob Vorabend einer Revolution liege. Die Truppen hätten bereits das Hauptquartier der Sieger bei den Wahlen angegriffen.

Valuta-Bericht vom 18. November

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 9.55. Auszahlung Holland notierte etwa 21.4 per hfl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 11.4 per fr. Auszahlung England notierte etwa 24.3 per £. Stierl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 4.40 per fr. Auszahlung New York notierte etwa 69.40.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 19. November 1920

Nachdem nunmehr der hohe Druck wieder fast ganz Europa umfaßt — mit Ausnahme der britischen Inseln — und vornehmlich über Deutschland eine sehr weitläufige Verjüngung

erfahren hat, gleiten die nordwestlichen Tiefdruckgebiete für unser Gebiet wirkungslos ab. Das Wetter ist in ganz Deutschland wieder vorwiegend heiter und trocken bei am Tage nur wenig steigenden Temperaturen; zum Teil sind wieder Nachfröste vorgekommen. — Voraussichtliche Witterung bis Samstag, 20. Nov., nachts: Noch weiterhin heiter, trocken, Verjüngung der Nachfröste.

Wasserstand des Rheins

Schiffersinsel 45 Ztm., gest. 2 Ztm. Neßl 140 Ztm., Magau 290 Ztm., gest. 3 Ztm., Mannheim 177 Ztm.

Briefkasten der Reaktion.

H. Markgrafstraße. Sprechen Sie einmal bei uns vor. N. Nr. 103. Sie müssen bei Ihrem Bezirksamt um Handhabungsbefehl einkommen. Wird Sie erteilt, so erhalten Sie eine Legitimation und genügt diese als Ausweis, wenn Sie zum Vertrieb Ihrer Waren reisen.

Schriftleitung: Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Nebenricht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, familiäre in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Abt. Jungl. Zentralrat: sowie Vertreter der 15 Nachgruppen. Montag, den 22. November, nachmittags 5 Uhr, im „Kuerhaus“, Schützenstraße, außerordentliche Versammlung. Tagesordnung im Lokal. 6467. Der Vorstand. Karlsruhe. (Geiangverein „Gleichheit“.) Heute Freitag keine Singstunde. Morgen Samstag 1/8 Uhr Sängerversammlung im Lokal z. „Scheffelhof“. Zweck: Erörterung treffen sich die Sänger um Sonntag um 2 Uhr in der Karlsburg. 6478. Darlad. (Sozialdemokratischer Verein. Kartausfraktion.) Montag Samstag abend punkt 8 Uhr findet im Lokal zum „Lamm“ eine außerordentliche Fraktionsversammlung statt. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. 6479

Ständebuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geschäftshaltungen. Arthur Fetsner, von Schneidemühl, Gem. Geschäftsführer hier, mit Johanna Giry-Jahdt von Ems August Werling von hier, Kraftwagenführer hier, mit Theresia Meiser von hier. Friedrich Vierhalter von Buchsahl, Obsthändler hier, mit Barbara Ahe von hier. Emil Kapferer von Heilbronn, Redakteur hier, mit Thella Ahe von hier. Friedrich Seltenreich von hier, Student hier, mit Bertha Schröder von hier. Anton Schröd von Neuhäusen, Bankbeamter in Pforzheim, mit Hedwig Nitzler von hier. Heinrich Marxhaller von Lahr, Maurer in Grünningen, mit Elsa Spillinger von Forbach. Geburten. Kurt Willi, V. Bonifazius Maria, Schuhmacher. Adolf Karl Gustav, V. Karl Widenböcker, Ladier. Charlotte Helene, V. Karl Adler, Dr. med., Spezialarzt. Karl Heinz Ottomar, V. Karl Meier, Kaufmann. Gertrud, V. Gg. Roth, Steinhauer. Walter Karl, V. Karl Schwalmann, Schlosser. Herbert Gg. Hermann, V. Hermann Neumann, Vermeijungs-Affizient. Hermann Friedrich, V. Hermann Stahl, Ausgehilfe. Doris Arthur Wilhelm, V. Wilhelm Cronberger, Kaufmann. Gisela Elisabeth, V. Georg Keller, Dr. phil., Volkswirtschaftler. Karl Alwin, V. Gustav Moos, Hafenarbeiter. Gerda Eleonora, V. Emil Reinhard, Metzereiführer. Marianne Frieda, V. Hil. Kastner, Kammermann. Amanda Gisela Elsa, V. Hof. Albert, Krieger. Hans Ferdinand, V. Josef gen. Julius Odenheimer, Gattwirt. Gregor Hans Adolf, V. Willi Berndt, Wagenführer. Karoline Frieda, V. Franz Brüttle, Metzger. Brunhild, V. Emil Sulzer, Naturarzt.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die tieftraurige Nachricht, daß unser lieber Vater, Bruder und Schwager

Wilh. Adam Hoffmann

am 17. November 1920 durch Unglücksfall plötzlich von uns gerissen wurde.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Hofa Hoffmann geb. Reil Wwe.
 Wilhelm Hoffmann, Sohn
 Rudolf Hoffmann, „
 Karl Hoffmann, „
 August Hoffmann, „
 Emma Hoffmann, Tochter.

Beerdigung findet Freitag, den 19. November 1920, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. 6465

Blankenloch, den 18. November 1920.

Trauerhüte

in jeder Preislage stets vorrätig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Gänselebern

laut und zahlt höchste Preise

Ja. Wilh. Raier,

Mühlstraße 14.

Mandolinen

Gitarren

und 6170

Laute

laut fortwährend

Weintraub's

u. Verkaufsgesellschaft

52 Kronenstr. 52.

Kaufe

trag. Meider, Schuhe, Bekleid., Möbel aller Art, zu realen Preisen.

H. Schap,

67 Kaiserstraße 67, (Eingang Waldhornstr.)

Schuhwaren

in bester Ausführung zu folgenden

hervorragend billigen Preisen

Wichsleder-Herrenstiefel 115.—
 Box calf-Herrenstiefel 165.—
 Manns-Arbeiterstiefel von 130.— an
 R'Chevreaux-Damenstiefel 115.—
 R'Box-Damen-Halbschuhe 85.—
 Frauen-Feldstiefel von 89.— an
 Kinderstiefel 27/30 von 35.— 31/35 von 65.— an

Ausserdem sehr grosse Auswahl in

Schuhwaren aller Art

von den einfachsten bis zu den elegantesten zu sehr billigen Preisen.

Winterhausschuhe, Schnallenstiefel

zu enorm billigen Preisen

empfiehlt

Schuhhaus Münzner

17 Schützenstrasse 17.

Bitte Firma und Strasse genau zu beachten!

Lüchtige Schreiner

für polierte Möbel und bessere Banarbeiten

gesucht.

A. Bembé, G. m. b. H.

Werk 6578

Zweibrücken.

Rastatter Anzeigen.

Für die Tiefbauabteilung wird ein

Ingenieur

mit abgeschlossener Vorbildung auf Privatdienstvertrag gesucht. In Betracht kommen nur Bewerber, welche Erfahrung im Wasserwerks- und Rohrnetzbetrieb, Bau und Unterhaltung von Kanalisationsanlagen sowie Straßenbau haben, zeichnerisch gewandt sind und sicher überblicken können.

Das Dienstverkommen der Stelle ist nach Gruppe VII der staatl. Besoldungsordnung festgesetzt. 3107

Bei Bewährung kann Anstellung mit der Bezeichnung „Stadtbaumeister“ in Aussicht gestellt werden.

Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Mitteilung des frühesten Dienstantritts werden spätestens bis 8. Dezember erbeten.

Rastatt, den 17. November 1920.

Stadtbauamt.

Bruchsaler Anzeigen.

Für die Magazinverwaltung unserer städt. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung suchen wir einen in jeder Beziehung tüchtigen und erfahrenen jüngeren

Magazinverwalter,

der über gründliche Kenntnisse verfügt und die erforderlichen Buchhaltungsarbeiten sachgemäß auszuführen imstande ist. 3104

Energetische, vertrauenswürdige Bewerber, die beratende Stellen schon mit Erfolg bekleidet haben, wollen Angebote nebst Zeugnisabschriften umgehend einreichen.

Die Einreichung erfolgt in Gruppe IV der städt. Besoldungsordnung.

Technisches Amt der Stadt Bruchsal

Abt. Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserversorgung.

Arbeiter! Werbet für den „Volkstreund“.

Welt-Kino Kaiserstr. 133.
Telephon Nr. 5488.
Nur wenige Tage! Das Riesenspektakelwerk
JUDEX
Das Rätsel der Kriminalistik.
Detektiv- und Abenteurerschläger in 6 Teilen - 26 Akten
- 12 Episoden. - I. Teil. 4 Akte. Der geheimnisvolle
Schatten. Die Sühne. - In den Hauptrollen die aus den
Vampiren bekannten Schauspieler Fridolin Meyer, Irma
Vep, Vels, Moreno etc. 6470
Außerdem: Das amerikanische Sensationsabenteuer
Das Geheimnis auf Schloß Hellingholm 2 Akte.

Bilanz der Gartenvorstadt Grünwinkel, e. G. m. b. H.
zum 31. Dezember 1919.

Aktiva:		Passiva:	
Kapitalverwendung:		Kapitalbeschaffung:	
1. Neubauten:		1. Sicherheitsrücklagen:	
a) angew. Baukosten	236 928.53	a) aus Eintrittsgeldern	1805.-
2. Einrichtungsgegenstände	606.92	b) aus Einzahlungen	10 800.-
3. Abschreibung	70.-	2. Geschäftsguthaben der Mitglieder:	
4. Beteiligung bei dem Bad-Baubund e. m. b. H.	4 500.-	a) Geschäftsausgabe	200 950.-
5. Verbriefte	99.10	b) Restgelder	126 654.47
6. Guthaben:		3. Gewinn	613.09
a) bei der Bad. Siedlungs- u. Landbank e. m. b. H.	84 616.05		
b) bei der Stadt Spar- kasse	10 757.46		
6. Kassenbestand	3 294.50		
	340 822.56		340 822.56

Die Gesellschaft zählte am 1. Januar 1920 444 Mitglieder.
Die Gesamtsumme der Genossen ist: 1045 Geschäftsanteile x .K. 200.-
= .K. 209 000.-

„Gartenvorstadt Grünwinkel“, e. G. m. b. H.
Der Vorstand: Maier, Stapp, Zählerger. 6462

Gemeinnützige Baugenossenschaft Königsbach (Baden)
e. G. m. b. H.

Bilanz per 31. Dezember 1919.

Aktiva:		Passiva:	
Kassa-Konto	700.76	Geschäftsausgaben-Konto	34 420.-
Bad. Siedlungs- u. Landbank	10 616.90	Reservefonds	297.-
Beteiligungskonto bei Bad. Baubund e. m. b. H.	500.-		
Kartenschuld	22 882.27		
Neubauten-Konto	98.07		
Verlust-Konto	34 717.-		34 717.-

Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder bei Gründung am 7. Mai 1919 79.
Zugang 22, Abgang 1. März Mitgliederzahl am 31. Dezember 1919 101.
Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Mitgliederzahl um .K. 34 420.-
vermehrt und die Postsummen um .K. 45 400.- vermehrt. Die Gesamt-Postsummen aller Mitglieder beträgt am Jahresabschluss .K. 45 400.-

Königsbach, den 16. November 1920.
Für den Aufsichtsrat: Sinn, Vorsitzender.
Für den Vorstand: Zählerger, Vorstand.

Maul- und Klauenseuche.
In dem Gebiete des Fuhrhahners Steinbecker hier, Rüppurrstr. 92, untergeordneten Viehhofes der Frau Käfer u. Co. ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk ist das verzeichnete Gebiet, Beobachtungsgebiet der östlich der Eitlingerstraße gelegene Stadtteil. 3112 D. 3. 306
Karlsruhe, den 16. November 1920.
Bezirksamt - Polizeidirektion. c.

Maul- und Klauenseuche.
In der Gutsverwaltung Scheibhardt, Gemeinde Durlach, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Sperrbezirk ist das verzeichnete Gebiet, Beobachtungsgebiet die Gemeinde Durlach mit Gemarkung. 3113 D. 3. 307
Karlsruhe, den 17. November 1920.
Bezirksamt II.

Arbeiter spart Euer Geld!
Kauft Euer Schuhe mit unseren selbstverfertigten **Gummischulen**
kann mit dem immer teurer werdenden Leder beschaffen. Auch zum Selbstknaufmachen werden Gummischulen und dazu geeigneter Leder abgegeben.
Jede Reparatur wird binnen 12 Stunden erledigt. Ebenso officiere prima Gummischuhe in rund u. Form.
Gas- u. Wasserleitungen zu billigen Preisen.
Gummwarenhaus
Werderplatz 31. Werderplatz 31.

Ulster! Ulster!
nur eigene Fabrikate
in verschiedenen Farben und Ausführungen, wie ein- und zweifach, glatt oder mit Gürtel usw.
390.- 475.- 575.- netto.
Julius Löwe's eigene Fabrikate bieten Gewähr für vorzügliche Passform und gutes Tragen.
Julius Löwe
nur Werderplatz 25.

Gänselebern
werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
K. Meiser.
Königsstr. 20, II. Etz.
Gänselebern
werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
G. Meiser, geb. Zimmerer
Gebrüderstr. 21, II. Etz.

Gesangverein Freundschaft KARLSRUHE

Samstag, den 20. November 1920 im „Eintracht“-Saal

Konzert

zur Feier des 50. Stiftungsfestes unter geistl. Mitwirkung von Frau Lina Rosbach (Sopran), Herrn Peter (Violine), Herrn Petri (Klavier) und Herrn Thiede (Bratsche), Musikal. Leitung: Herr Musikdirektor Max Thiede. Am Flügel: Herr Petri.
Nach Schluß des Konzertes:
Ehrung von Mitgliedern und Fest-Ball
Ball-Musik: Orchester Föhner.
Eintrittskarten f. Nichtmitglieder .K. 1.50 einschl. Steuer bei Uhrmacher Hiller, Waldstrasse 24, Chr. Hertle, Marienstrasse 15, sowie an der Abendkasse in der Eintracht zu haben.
Saalöffnung 7/8 Uhr Anfang 8/8 Uhr
Der Vorstand. 6463

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Karlsruhe.

Sonntag, den 21. Nov., nachm. 5 Uhr beginnend, im Schrempfischen Bierkeller, Beierheimer Allee:
Wertungs-Verteilung
Aber die diesjährigen Ausfahrten, verbunden mit Reigenfahrten, Radturnen, Solovorträgen u. a. m. Hierzu sind unsere wertigen Mitglieder und Angehörige freundlichst eingeladen. - Ferner erlösen wir unsere Mitglieder um Anmeldung ihrer Kinder zwecks Bildung eines Kinderchors und Kinderreigen zur Weihnachtsfeier. Auch Einzeichnung zur Versicherung. Sitten hierzu führen die Unteroffiziere. Auch liegen Listen auf im Vereinslokal „Gambriunshalle“, Gerhardsstr. 24, nachm. 4 Uhr, im Schrempfischen Bierkeller, Beierheimer Allee. Der Vorstand.

Festhalle
Samstag, 20. Nov., 7 1/2 Uhr

Konzert
Gesang-Verein Concordia
(220 Sänger) Mitwirkende:
Eise Gantner-Fischer
Sopran von Opernhaus Frankfurt a. M.
Paul Eberhard (Klavier)
Karten zu Mk. 0.50, 1.00 u. 2.50 einschl. Steuer und Einlaßkarte in den Musikalienhandlungen Doert, Müller und Tafel. 6429

Badisches Landestheater
Freitag, den 19. November 1920.

Rigoletto.
Anfang 7 Uhr. (Mk. 14.40) Ende nach 11/10 Uhr
Spielplan vom 20.-29. November.
Im Landestheater. So. 21. „Das Reingold“ 6 1/2 (17.-) - Mo. 22. III. Sinfoniekonzert. Sollst.: Grotz. Stückgold 7 1/2 (6.-) - Di. 23. „Die Walküre“ 5 (17.-) - Mi. 24. „Neunzehnhundertneunzehn“ 7 (9.50) - Do. 25. „Siegfried“ 4 1/2 (17.-) - Sa. 27. „Der Wildschütz“ 7 (14.40) - So. 28. vorm. 11 Uhr, in der Wandelhalle des I. Ranges: Vortrag, Einführung in „Der lebende Leichnam“ von Tolstoj (3.-) für Mitglieder des Theaterkulturverbands und der Volksbühne halbe Preise, abends 4 Uhr „Götterdämmerung“ (17.-) - Mo. 29. „Schülermiete-Vorstellung A 2 „Der eingebildete Kranke“ 7 (9.50).
Im Konzerthaus. So. 21. Orgelvorspiel: Der Grez. Psalm von Mannheim.
Zum erstenmal: „Der Ackermann und der Tod“. Ein Streit und Trostgespräch vom Tode aus dem Jahre 1400 von Johannes von Saaz 7 (11.-) für Mitglieder des Theaterkulturverbands und der Volksbühne halbe Preise. - Di. 23. Volksbühne F 6 „Der Bibliothekar“ 7. - Fr. 26. Volksbühne F 7 „Der Bibliothekar“ 7. 3115
Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 20., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf von Montag, 22. Nov. an.

Volksbühne.
Im Konzerthaus. 3116

Freitag, den 19. November **F 5** Anfang 7 Uhr.
Der Bibliothekar.

Zither-Verein Ettlingen.

Am Samstag, den 20. ds. Mts., findet in der hies. Festhalle Ettlingen, großes **Wohltätigkeits-Konzert**
zu Gunsten der Kinderfürsorge statt. - Beginn abends 7/8 Uhr. - 6463
Preise der Plätze 5.-, 3.-, 2.- Mark.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Besonders vorteilhaft

- Tag-Hemd, Rumpf gestickt 29.50 35.00
- Beinkleid mit Stickerei 24.50 32.50
- Untertalle, gestickt mit Feston 19.50 29.50
- Nachthemd, Rumpf gestickt 35.00
- Korsetten, lange Form, gute Einlagen 29.50
- Korsetten, bequeme Form, feiner Stoff 32.50
- Hüfthalter, guter Sitz, kräftiger Stoff 36.50
- Reform-Korsetten, bewährte Form 38.00
- Zierschürzen, weiss und farbig 6.75 7.75
- Zierschürzen mit Träger, weiss Batist 12.75
- Blusenschürzen kräftiger Stoff 32.50
- Kleiderschürzen, solider Blandruck 72.00

Besuchen Sie unsere **Spielwaren-Ausstellung**

Tietz

Achtung! Billige Weihnachts-Geschenke
in **Stoff-Resten**
für Herren- und Damen-Kleider in guten Qualitäten.
Leo Cahnmann, Werderplatz 33

Rheuma Gicht, Ischias, Gliederreissen, Neuralgie (Nervenschmerzen)
Gerne gebe ich kostenlos Auskunft über ein wirklich gutes Mittel, das tausenden Patienten in kurzer Zeit Linderung ihrer Schmerzen und Heilung brachte. **Kranke-schwester Caroline, Wiesbaden A 117.**

Sparkochherde
in emailierter und lackierter Ausführung, kombinierte Kohlen- u. Gasherde, Gasback- und Grill-Apparate, Hotelherde und Spülküchen-Einrichtungen, Lager in Kupfer-Wasserschiffen und Neuanfertigung nach Maßanfertigung.
Holherd-Karl Ehrheiser
Inhaber: E. Koepfer. 6036
Herrenstr. 44. Karlsruhe i. B. Tel. 4931.

Läuse-Plage
auch Flöhe mit Bent (Nissen) b. Mensch u. Tier m. m. v. gel. Mittel „Ercida“. Für Wunden u. Haar unbed. Gold-B-Radioliummittel gegen Wunden. Ähnlich köstliche Ausstellungen wie man als Tschakung zur. Gerichte-Erste Welt. Ungesiefl.-Vertilg.-Anhalt. Essen. In haben in Karlsruhe: bei Kappes & Kluge, Kaiserstr. 88 und Eito Schwarz, Galantenstraße 17.

Ata
reinkt und scheuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz Metall, Glas, Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe und Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Überall erhältlich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von „Sif“ und Henkel's Biele-Soda.

Peitz
Anfertigungen, Reparaturen, Umarbeitung.
Werden sofort sachmännlich angefertigt zu d. billigst. Preisen.
Senner, Schuppestr. 27
Hinterh. part.

Karlsruher Fußball-Verein.
e. V.
Schirmherr: Prinz Max v. Baden.
Geschäftsstelle: Karlstr. 6. Tel. 4846.
Sonntag, 21. Nov., 1/2 12 Uhr vorm.,
Einweihung
des Gedenksteins f. unsere gefallenen Mitglieder.
Sämtliche Mitglieder und die Angehörigen unserer Gefallenen sind freundlich eingeladen. Die aktiven Spieler werden ersucht, sich um 11 Uhr auf dem Platz einzufinden.
1/3 Uhr nachmitt. auf unserem Platze:
V. f. B. I
gegen **K. F. V. I**
Ligaspiel.
Jugend-Abteilung:
Außerordentliche Versammlung im Moninger (Gartensaal) am Samstag, 20. Nov., nachm. 4 Uhr. Antritt des neuen Abteilungsleiters, Neuwahl, Berichte, Anträge, Vollzähliges Erscheinen, erforderlich. Vereinarbarte Spiele sofort absagen!



Zeugnis...
Abholung in...
sagen 4 90

Die

Genf, 1...
tag vormit...
Präsident...
des Präsi...
Barnes...
nung aus...
bringlich...
do...
um das ar...
die Aufgab...
einigung...
Auskunft...
Recht habe...
reng getro...
Spalte nich...
wichtige...
denen...
fünft...
ausgeb...
so sein...
Klein...
aus der...
an den...
sen und...
Jahres...
Zulassung...
Härte, mit...
weiter...
sich...
scheidung...
der...
sich zum...
in der...
nicht auch...
senden...
dass die...
hängt...
hätten...
Bauer...
Klage...
und...
des...
Häufig...
Bänder...
in...
es hat...
Jahres...
zins...
Bem...
der...
hat...
Die...
Reinigung...
die...
un...
zu tun...
auf diese...
fordern...
sich die...
des...
Nach...
Forderung...
lungen...
lange...
Als...
lange...
die...
ber...
müßte...
über...
den...
nicht...
offenen...
Mitglieder...
dem...
sich...
Nach...

Die

Genf, 1...
tag vormit...
Präsident...
des Präsi...
Barnes...
nung aus...
bringlich...
do...
um das ar...
die Aufgab...
einigung...
Auskunft...
Recht habe...
reng getro...
Spalte nich...
wichtige...
denen...
fünft...
ausgeb...
so sein...
Klein...
aus der...
an den...
sen und...
Jahres...
Zulassung...
Härte, mit...
weiter...
sich...
scheidung...
der...
sich zum...
in der...
nicht auch...
senden...
dass die...
hängt...
hätten...
Bauer...
Klage...
und...
des...
Häufig...
Bänder...
in...
es hat...
Jahres...
zins...
Bem...
der...
hat...
Die...
Reinigung...
die...
un...
zu tun...
auf diese...
fordern...
sich die...
des...
Nach...

Die

Genf, 1...
tag vormit...
Präsident...
des Präsi...
Barnes...
nung aus...
bringlich...
do...
um das ar...
die Aufgab...
einigung...
Auskunft...
Recht habe...
reng getro...
Spalte nich...
wichtige...
denen...
fünft...
ausgeb...
so sein...
Klein...
aus der...
an den...
sen und...
Jahres...
Zulassung...
Härte, mit...
weiter...
sich...
scheidung...
der...
sich zum...
in der...
nicht auch...
senden...
dass die...
hängt...
hätten...
Bauer...
Klage...
und...
des...
Häufig...
Bänder...
in...
es hat...
Jahres...
zins...
Bem...
der...
hat...
Die...
Reinigung...
die...
un...
zu tun...
auf diese...
fordern...
sich die...
des...
Nach...

Die

Genf, 1...
tag vormit...
Präsident...
des Präsi...
Barnes...
nung aus...
bringlich...
do...
um das ar...
die Aufgab...
einigung...
Auskunft...
Recht habe...
reng getro...
Spalte nich...
wichtige...
denen...
fünft...
ausgeb...
so sein...
Klein...
aus der...
an den...
sen und...
Jahres...
Zulassung...
Härte, mit...
weiter...
sich...
scheidung...
der...
sich zum...
in der...
nicht auch...
senden...
dass die...
hängt...
hätten...
Bauer...
Klage...
und...
des...
Häufig...
Bänder...
in...
es hat...
Jahres...
zins...
Bem...
der...
hat...
Die...
Reinigung...
die...
un...
zu tun...
auf diese...
fordern...
sich die...
des...
Nach...

Die

Genf, 1...
tag vormit...
Präsident...
des Präsi...
Barnes...
nung aus...
bringlich...
do...
um das ar...
die Aufgab...
einigung...
Auskunft...
Recht habe...
reng getro...
Spalte nich...
wichtige...
denen...
fünft...
ausgeb...
so sein...
Klein...
aus der...
an den...
sen und...
Jahres...
Zulassung...
Härte, mit...
weiter...
sich...
scheidung...
der...
sich zum...
in der...
nicht auch...
senden...
dass die...
hängt...
hätten...
Bauer...
Klage...
und...
des...
Häufig...
Bänder...
in...
es hat...
Jahres...
zins...
Bem...
der...
hat...
Die...
Reinigung...
die...
un...
zu tun...
auf diese...
fordern...
sich die...
des...
Nach...